

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Olaf in der Beek,
Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Christoph Hoffmann, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/11009 –**

Good Financial Governance – Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Ineffiziente Steuersysteme, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung führen nicht nur in Industriestaaten zu hohen jährlichen Einnahmeverlusten. Insbesondere auch Entwicklungsländer sind von diesen Praktiken negativ betroffen. Nach internationalen Schätzungen belaufen sich allein die Einnahmeverluste in Entwicklungs- und Schwellenländern durch ineffiziente Steuersysteme, mangelnde Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Organisationen bei der Steuererhebung sowie Praktiken zur Steuervermeidung und durch Steuerhinterziehung auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. So rechnet die renommierte Brookings-Institution, dass allein die Stärkung staatlicher Strukturen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Hinterziehung sowie die Implementierung einer nachhaltigen Fiskalpolitik in den Ländern Subsahara-Afrikas zu jährlichen Steuererhöhungen von bis zu 110 Mrd. US-Dollar führen könnten (www.brookings.edu/wp-content/uploads/2018/10/Mobilization-of-tax-revenues_20181017.pdf). Damit könnten Entwicklungsländer allein durch effizientere Steuersysteme Mehreinnahmen generieren, die in etwa zwei Drittel der weltweiten Entwicklungshilfe ausmachen und Abhängigkeiten von Entwicklungsgeldern dramatisch reduzieren. Die Bundesregierung hat sich sowohl im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele, der Agenda 2030 (SGD 17, Unterziel 17.1.) der Vereinten Nationen als auch im Zuge der Addis Abeba Action Agenda (AAAA – www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2015/08/AAAA_Outcome.pdf) dazu verpflichtet, einen Beitrag zur Etablierung der Prinzipien von Good Financial Governance als auch zur Mobilisierung von Einnahmen (domestic resources mobilisation) in diesen Ländern zu leisten.

Wie notwendig diese Effizienzsteigerung ist, zeigt auch die zunehmende Abhängigkeit vieler afrikanischer Staaten von ausländischem Kapital. So warnt der Internationale Währungsfonds (IWF) vor einer neuen Schuldenkrise in Afrika (www.dw.com/en/africas-new-debt-crisis/a-46020639). Für mindestens 18 Länder Afrikas besteht demnach das Risiko eines kompletten Zahlungsausfalls. Die Gesamtverschuldung der Länder Afrikas beträgt mittlerweile mehr als 400 Mrd. US-Dollar und hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Gleich-

zeitig wächst das globale Engagement Chinas insbesondere in Afrika dramatisch, sodass das Land schon heute nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen wie der Jubilee Debt Campaign die größte Gebernation auf dem Kontinent sei, wenn sowohl staatliche Kredite als auch die Kredite staatseigener chinesischer Unternehmen an afrikanische Staaten und Unternehmen gemeinsam betrachtet werden (https://jubileedebt.org.uk/wp/wp-content/uploads/2018/10/Who-is-Africa-debt-owed-to_10.18.pdf, www.bbc.com/news/world-africa-45916060). Rund 20 Prozent der Auslandsverschuldung afrikanischer Staaten liegt beim chinesischen Staat und chinesischen staatlichen Unternehmen.

Die Bundesregierung setzt sich augenscheinlich für eine Verbesserung bei der Generierung von Steueraufkommen in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. So beschreibt das bereits 2014 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgelegte Strategiepapier „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ den umfassenden Handlungsansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich. So umfasst der Ansatz der Good Financial Governance (GFG) nicht allein den Aufbau technischer Prozesse und Möglichkeiten zur Steuererhebung, sondern insbesondere auch die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und Strukturen sowie die Etablierung der Prinzipien guter Regierungsführung und damit implizit auch die verantwortungsvolle Verwendung öffentlicher Mittel (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier343_04_2014.pdf). Der im Strategiepapier skizzierte Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Good Financial Governance soll dazu beitragen die weltweite Armut sowie Anhängigkeit in Entwicklungsländern zu reduzieren und ist für die Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit verbindlich (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier343_04_2014.pdf).

Nach Ansicht der Fragesteller sind insbesondere Maßnahmen zur Förderung von Good Financial Governance ein wesentlicher Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit, um den Partnerländern Deutschlands in der Entwicklungszusammenarbeit, darunter vor allem den afrikanischen Staaten, eine selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen und einseitige Abhängigkeiten von chinesischem Engagement und Kapital, das eher den eigenen chinesischen geostrategischen Interessen dient, zu verhindern.

1. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden im Rahmen der deutschen bilateralen technischen Entwicklungszusammenarbeit jeweils in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 in welchen konkreten Entwicklungsländern (bitte jeweils einzeln mit Angabe des finanziellen Volumens der jeweiligen Maßnahme angeben) von welcher Durchführungsorganisation bzw. von welcher zivilgesellschaftlichen Organisation
 - a) zur Verbesserung der Regierungsführung (insbesondere in den Bereichen Transparenz und Rechtsstaatlichkeit) im Bereich der öffentlichen Finanzen,
 - b) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und Strukturen zur Festsetzung und Erhebung öffentlicher Steuern bzw.
 - c) zur Verbesserung der technischen Prozesse und Instrumente bzw. dem Management öffentlicher Finanzen durchgeführt?

Die Fragen 1a bis 1c werden gemeinsam beantwortet, da bilaterale und regionale Good Financial Governance (GFG)-Projekte im Rahmen des holistischen GFG-Ansatzes mehrere Teilbereiche des öffentlichen Finanzsystems (wie Eigeneinnahmen, Haushalt und Finanzkontrolle) beraten. Alle Projekte im Bereich Good Financial Governance werden mit den OECD-DAC-Förderbereichsschlüsseln 15111 (Management der öffentlichen Finanzen) und/oder 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen) verschlüsselt.

Es wird auf Anlage 1* verwiesen. In dieser Anlage sind die im abgefragten Zeitraum erfolgten Maßnahmen der bilateralen staatlichen technischen Entwicklungszusammenarbeit (TZ) aufgeführt.

2. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden im Rahmen der deutschen bilateralen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit jeweils in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 in welchen konkreten Entwicklungsländern (bitte jeweils einzeln mit Angabe des finanziellen Volumens der jeweiligen Maßnahme angeben) von welcher Durchführungsorganisation bzw. von welcher zivilgesellschaftlichen Organisation
 - a) zur Verbesserung der Regierungsführung (insbesondere in den Bereichen Transparenz und Rechtsstaatlichkeit) im Bereich der öffentlichen Finanzen,
 - b) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und Strukturen zur Festsetzung und Erhebung öffentlicher Steuern bzw.
 - c) zur Verbesserung der technischen Prozesse und Instrumente bzw. dem Management öffentlicher Finanzen durchgeführt?

Die Fragen 2a bis 2c werden gemeinsam beantwortet, da bilaterale und regionale Good Financial Governance (GFG)-Projekte im Rahmen des holistischen GFG-Ansatzes mehrere Teilbereiche des öffentlichen Finanzsystems (wie Eigeneinnahmen, Haushalt und Finanzkontrolle) beraten. Alle Projekte im Bereich Good Financial Governance werden mit den OECD-DAC-Förderbereichsschlüsseln 15111 (Management der öffentlichen Finanzen) und/oder 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen) verschlüsselt.

Es wird auf Anlage 2* verwiesen. In dieser Anlage sind die im abgefragten Zeitraum erfolgten Maßnahmen der bilateralen staatlichen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit (FZ) aufgeführt.

3. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden im Rahmen der deutscher Beteiligungen an multilateralen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit jeweils in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 in welchen konkreten Entwicklungsländern (bitte jeweils einzeln mit Angabe des finanziellen Volumens der jeweiligen Maßnahme angeben) von welcher Durchführungsorganisation bzw. von welcher zivilgesellschaftlichen Organisation
 - a) zur Verbesserung der Regierungsführung (insbesondere in den Bereichen Transparenz und Rechtsstaatlichkeit) im Bereich der öffentlichen Finanzen,
 - b) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und Strukturen zur Festsetzung und Erhebung öffentlicher Steuern bzw.
 - c) zur Verbesserung der technischen Prozesse und Instrumente bzw. dem Management öffentlicher Finanzen durchgeführt?

Die Fragen 3a bis 3c werden gemeinsam beantwortet, da Good Financial Governance-Projekte im Rahmen des holistischen GFG-Ansatzes mehrere Teilbereiche des öffentlichen Finanzsystems (wie Eigeneinnahmen, Haushalt und Finanzkontrolle) beraten.

Es wird auf Anlage 3* verwiesen.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/11418 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

4. Welche weiteren konkreten Maßnahmen und Projekte wurden von der Bundesregierung seit 2015 in welchen konkreten Entwicklungsländern in welcher Höhe jeweils jährlich von welcher Durchführungsorganisation bzw. zivilgesellschaftlichen Organisation mit dem Ziel, die eigenen Einnahmen in diesen Ländern zu erhöhen, durchgeführt bzw. finanziert?

Es wird auf Anlage 4* verwiesen.

5. Liegen der Bundesregierung Daten zu quantifizierbaren Erfolgen der Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Mobilisierung von Eigeneinnahmen, zum Beispiel Steuerrückzahlungen, erhöhtes Steueraufkommen etc., vor (wenn ja, bitte nach Land und Projekt aufschlüsseln)?

Wenn nicht, warum nicht?

Die Fragen 5 und 8 werden gemeinsam beantwortet. Fortschritte in der Projektumsetzung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit werden regelmäßig im Rahmen der Berichterstattung nachgehalten. Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erheben in der Regel eigene Daten zu steuerlichen Kennzahlen, z. B. zur Steuerquote.

Neben Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit trägt eine Vielzahl weiterer interner und externer Faktoren sowohl auf Landesebene als auch auf globaler Ebene zu Veränderungen statistischer steuerlicher Kennzahlen bei. Unmittelbare Kausalbeziehungen zwischen einzelnen Good Financial Governance-Maßnahmen und Projekten zu diesen Kennzahlen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet und können nicht unmittelbar einzelnen Gebern zugeordnet werden.

Gleichwohl haben Erhebungen bei einzelnen Programmen ergeben, dass diese besonders wirksam sind, z. B. in Ghana, wo sich die Steuereinnahmen von GHS 23,936 Mio. in 2014 auf GHS 49,351 Mio. in 2018 verdoppelt haben, zudem wurde die Anzahl registrierter Steuerzahler von ca. einer Million (2010) auf 1,9 Mio. (2018) erhöht. Das Good Financial Governance (GFG) Programm trägt dazu über Beratung sowohl des Finanzministeriums im Hinblick auf die Gestaltung der Steuerpolitik als auch der ghanaischen Finanzverwaltung („Ghana Revenue Authority“) bei.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 9 und 10 verwiesen.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Unterstützung und Kooperation mit den regionalen Dachorganisationen für Rechnungshöfe und Steuerbehörden in Afrika, wie zum Beispiel AFROSAI (Organisation Africaine des Institutions Supérieures de Contrôle des Finance Publiques) und ATAF (African Tax Administration Forum)?

Wie hoch war der personelle und finanzielle Einsatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der Kooperation mit diesen regionalen Partnern?

Welche konkreten Wirkungen wurden durch die Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erzielt?

Die Zusammenarbeit mit den Dachverbänden African Tax Administration Forum (ATAF) und African Organization of Supreme Audit Institutions (AFROSAI) bewertet die Bundesregierung positiv.

ATAF hat sich durch die deutsche Unterstützung als wichtiges Netzwerk für afrikanische Steuerverwaltungen etabliert und ist von internationalen Organisationen wie OECD, Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes und IWF anerkannt, um die afrikanische Position in internationalen Fachdiskussionen zu vertreten.

Die Bundesregierung unterstützt die Netzwerke durch das GIZ-Regionalvorhaben „Good Financial Governance in Afrika“. In der ersten Phase des Vorhabens von 12/2012 bis 01/2019 betrug der Auftragswert dieses Vorhabens 23,15 Mio. Euro. Im Verlauf dieser Phase wurden zusätzlich 6,1 Mio. Euro von der EU im Rahmen einer Kofinanzierung zugesagt. Von dieser Gesamtsumme (29,25 Mio. Euro) wurden 8,4 Mio. Euro für die Zusammenarbeit mit ATAF und 8,11 Mio. Euro für die Zusammenarbeit mit AFROSAI zur Verfügung gestellt. Für die Kooperation mit ATAF wurden von der GIZ drei entsandte Fachkräfte und zeitweise eine integrierte Fachkraft eingesetzt. In der Zusammenarbeit mit AFROSAI waren es zwei entsandte Fachkräfte und zeitweise eine integrierte Fachkraft.

Insgesamt 80 afrikanische Steuerbeamte und Steuerbeamtinnen haben den Studiengang „Executive Master on Taxation“ bereits erfolgreich abgeschlossen, den ATAF mit deutscher Unterstützung seit 2015 anbietet. Weitere Erfolge sind die Veröffentlichung der African Tax Outlooks des ATAF und der Aufbau des African Tax Research Networks. Ein weiterer Bestandteil der deutschen Unterstützung ist die Verbesserung des grenzüberschreitenden Austausches von Steuerinformationen.

7. Inwiefern wird die im Strategiepapier „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ vorgesehene „effizientere Verzahnung der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Instrumente (technische und finanzielle Zusammenarbeit) sowie der bi- und multilateralen Zusammenarbeit“ (Seite 4) jeweils im Einzelnen konkret bezogen auf die einzelnen Projekte und Maßnahmen in diesem Bereich jährlich seit 2015 durchgeführt?

Maßnahmen der bilateralen finanziellen und technischen Zusammenarbeit im Bereich Good Financial Governance werden – sofern sowohl Vorhaben der finanziellen als auch der technischen Zusammenarbeit in einem Land durchgeführt werden – im jeweiligen Kooperationsland eng aufeinander abgestimmt. In sechs Kooperationsländern der deutschen EZ gibt es im Bereich Good Financial Governance sowohl Maßnahmen der technischen als auch der finanziellen Zusammenarbeit. In diesen Ländern erfolgt eine enge Abstimmung der Vorhaben im Planungs- und Durchführungsprozess.

Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden zudem eng mit den Strategien und Aktivitäten multilateraler Organisationen und Institutionen im Kooperationsland abgestimmt, beispielsweise in Rahmen von Koordinationsgruppen oder auch durch gebergemeinschaftliche Ansätze. Dadurch werden Synergien geschaffen und Dopplungen vermieden.

Die genaue Ausgestaltung der Programmierung und der Abstimmung zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit sowie zwischen bilateraler Zusammenarbeit und multilateralen Organisationen und Institutionen richtet sich nach den spezifischen Bedingungen vor Ort sowie den Absprachen und Vereinbarungen mit anderen Partnern.

8. Welche konkreten Mehreinnahmen konnten durch welche der oben genannten Maßnahmen jeweils jährlich seit 2015 in jeweils welchem Partnerland generiert werden?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9. Wie wird konkret sichergestellt, dass das für die Durchführungsorganisationen als verbindlich geltende Strategiepapier „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ von diesen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen zum Aufbau technischer Prozesse und Instrumente, zur Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und Strukturen sowie zur Etablierung der Prinzipien guter Regierungsführung im Bereich der öffentlichen Finanzen, insbesondere im Hinblick auf die effizientere Verzahnung der unterschiedlichen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, tatsächlich angewendet bzw. umgesetzt wird, sowohl insgesamt als übergeordnetes Leitprinzip als auch auf konkreter Projektebene?
10. Inwiefern wird die Umsetzung des Strategiepapiers „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ sowohl als übergeordnetes Leitprinzip als auch auf Projektebene evaluiert, und mit welchen konkreten einzelnen Ergebnissen?

Die Fragen 9 und 10 werden gemeinsam beantwortet.

Sektorstrategien sind verbindlich für die Planung und Durchführung von Vorhaben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die Durchführungsorganisationen sind entsprechend dazu verpflichtet, die Vorgaben aus dem Strategiepapier „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ umzusetzen. Dies wird sowohl bei der Entwicklung von neuen Vorhaben sichergestellt als auch bei der Berichterstattung zu laufenden Vorhaben aufgegriffen und im Rahmen von Evaluierungen überprüft.

Eine Übersicht über die bisher erfolgten Evaluierungen zur Umsetzung auf Projektebene seit 2015 und den Ergebnissen dieser Evaluierungen finden sich in Anlage 5*.

Übergreifende, strategische Evaluierungen mit Bezug zur Sektorstrategie „Good Financial Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ sind die Evaluierungen des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) „Begleitende Maßnahmen der allgemeinen Budgethilfe in Subsahara-Afrika“ aus dem Jahr 2015, die Evaluierungssynthese „What we know about the effectiveness of Budget Support“ (Was wir über die Wirksamkeit von Budgethilfe wissen) aus dem Jahr 2017 sowie die Evaluierung „The Future of Integrated Policy-Based Development Cooperation - Lessons from the Exit from General Budget Support in Malawi, Rwanda, Uganda and Zambia“ (Lehren aus dem Ausstieg aus der allgemeinen Budgethilfe in den Ländern Malawi, Ruanda, Uganda und Sambia) aus dem Jahr 2018.

Die Berichte mit den Ergebnissen dieser Evaluierungen sind auf der Homepage des DEval eingestellt:

www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/DEval_Begleitende_Massnahmen_Budgethilfe_Gesamtbericht.pdf

www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2017/DEval_Synthesen_Bericht_2017_EN_bffinal.pdf

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/11418 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/DEval_EN_The%20Future%20of%20Integrated%20Policy-Based%20Development%20Cooperation.pdf

Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 10 und 12 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/3648 verwiesen.

11. Welche konkreten Entwicklungsländer gelten nach Kenntnis der Bundesregierung als überschuldet bzw. für welche besteht ein akutes Risiko der Verschuldung?

Aufgrund der jeweils letzten Schuldentragfähigkeitsanalysen von IWF und Weltbank besteht ein Verschuldungsrisiko bei: Afghanistan, Äthiopien, Burundi, Cabo Verde, Dschibuti, Dominica, Ghana, Haiti, Kamerun, Kiribati, Laos, Malediven, Marshallinseln, Mauretanien, Mikronesien, Sambia, Samoa, Sierra Leone, St. Vincent und die Grenadinen, Tadschikistan, Tonga, Tschad, Tuvalu, Zentralafrikanische Republik.

Darüber hinaus gelten aufgrund der jeweils letzten Schuldentragfähigkeitsanalysen von IWF und Weltbank als überschuldet: Gambia, Grenada, Mosambik, Simbabwe, Sudan, Südsudan, São Tomé und Príncipe.

12. Welche konkreten Maßnahmen wurden im Rahmen der Addis Tax Initiative mit jeweils welchem finanziellen und personellen Volumen von Seiten der Bundesrepublik Deutschland jeweils jährlich seit 2015 finanziert?
 - a) Welches konkrete Ziel hatten die jeweils einzelnen Maßnahmen?
 - b) Wer hat die jeweils einzelnen Maßnahmen durchgeführt?

Die Fragen 12 bis 12b werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Tabelle in Anlage 6 verwiesen. Angaben zum personellen Volumen von Maßnahmen, die von der GIZ durchgeführt werden, befinden sich in Anlage 6. Das personelle Volumen des vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) durchgeführten Forschungsvorhabens „Stärkung der Eigeneinnahmen in Entwicklungsländern – Bekämpfung unerwünschter Kapitalabflüsse und fiskalische Dezentralisierung“ betrug vom 1. Januar 2015 bis 14. Februar 2016 0,7 Vollzeitäquivalente und vom 15. Februar 2016 bis 31. Dezember 2017 eine Vollzeitäquivalente. Zudem wurde eine administrative Kraft mit 0,2 Vollzeitäquivalenten finanziert.

Die KfW führt selbst keine Vorhaben durch und entsendet auch keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Projekte. Bei von internationalen Organisationen durchgeführten Projekten zahlt die Bundesregierung in sog. Mehrgeber-Treuhandfonds ein; eine Aufschlüsselung des Personals anteilig am deutschen Beitrag ist nicht möglich. Anhang 6* enthält alle Vorhaben, die anteilig oder vollständig mit dem Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen) verschlüsselt sind.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/11418 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

- c) Wurden die jeweils einzelnen Maßnahmen evaluiert?
Wenn ja, mit welchen jeweils einzelnen Ergebnissen?
Wenn nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

- d) Wie bewertet die Bundesregierung die Addis Tax Initiative insgesamt, welchen positiven Effekt hat die Initiative nach Ansicht der Bundesregierung für Entwicklungs- und Schwellenländer, und welche weiteren Maßnahmen plant sie im Zuge dieser Initiative?

Die Bundesregierung bewertet die Addis Tax Initiative als positiv. Die Addis Tax Initiative hat sich seit der Gründung im Jahr 2015 zu einer international anerkannten Plattform entwickelt, bei der sich Geber- und Partnerländer auf Augenhöhe begegnen. Geber- und Partnerländer haben sich gleichermaßen verpflichtet, das Engagement im Bereich Mobilisierung von Eigeneinnahmen zu erhöhen. Die Initiative stärkt deshalb die internationale Zusammenarbeit im Bereich öffentliche Finanzen und Steuern und trägt dazu bei, dass Entwicklungsländer bei der Generierung eigener Einnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang führt die Bundesregierung kontinuierlich auf Grundlage der jeweiligen Prioritäten der Partnerregierungen Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch und trägt damit zur Umsetzung der Initiative bei.

13. Welche konkreten Maßnahmen wurden im Rahmen des International Tax Compact mit jeweils welchem finanziellen und personellen Volumen von Seiten der Bundesrepublik Deutschland jeweils jährlich seit 2015 finanziert?
- a) Welches konkrete Ziel hatten die jeweils einzelnen Maßnahmen?
- b) Wer hat die jeweils einzelnen Maßnahmen durchgeführt?
- c) Wurden die jeweils einzelnen Maßnahmen evaluiert?
Wenn ja, mit welchen jeweils einzelnen Ergebnissen?
Wenn nein, warum nicht?
- d) Wie bewertet die Bundesregierung den International Tax Compact insgesamt, welchen positiven Effekt hat der Compact nach Ansicht der Bundesregierung für Entwicklungs- und Schwellenländer, und welche weiteren Maßnahmen plant sie im Zuge dessen?

Die Fragen 13 bis 13d werden gemeinsam beantwortet.

Der International Tax Compact (ITC) stellt das Sekretariat für die von Deutschland mitinitiierte Addis Tax Initiative sowie für das Network of Tax Organizations (NTO). Das Network of Tax Organizations ist ein Zusammenschluss regionaler und internationaler Steuerorganisationen, wie z. B. das African Tax Administration Forum (ATAF), das Inter-American Center of Tax Administrations (CIAT) oder die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA).

Der ITC übernimmt insbesondere die Funktion des Sekretariats für die genannten Initiativen. Die Bundesregierung unterstützte das Sekretariat im Zeitraum von 2015 bis 2018 im Rahmen des GIZ-Sektorvorhabens „Good Financial Governance“ mit einem finanziellen Beitrag in Höhe von 1,2 Mio. Euro und mit einem personellen Beitrag in Höhe von sechs Personalstellen (Vollzeitäquivalente). Die

Sekretariatsfunktion beinhaltet bspw. die Organisation eines regelmäßigen (insbesondere virtuellen) Austauschs zwischen den jeweiligen Mitgliedern, die Kommunikation mit der jeweiligen Steuerungsgruppe, die Beauftragung von Studien etc.

Der Fortschritt der Aktivitäten des International Tax Compact wird regelmäßig im Rahmen der Berichterstattung zum GIZ-Sektorvorhaben „Good Financial Governance“ (TZ-Vorhaben) überprüft. Eine Evaluierung würde im Rahmen der Einbeziehung des GIZ Sektorvorhabens Good Financial Governance in das Stichprobenverfahren der GIZ zu Evaluierung erfolgen.

Die Bundesregierung bewertet den International Tax Compact (ITC) insgesamt als positiv. Der International Tax Compact dient als Plattform für die Förderung von Mobilisierung eigener Einnahmen in den Partnerländern sowie für gerechte, effiziente und transparente Steuersysteme. Der ITC stärkt die Vernetzung verschiedener Akteure, z. B. Praktikerinnen und Praktiker aus Steuerverwaltungen, Politikerinnen und Politikern oder Vertreterinnen und Vertretern von Regionalorganisationen sowie Zivilgesellschaft und trägt damit zum Wissens- und Erfahrungsaustausch auf regionaler und internationaler Ebene bei. Die Unterstützung des Sekretariats soll in der nächsten Phase des GIZ-Sektorvorhabens fortgesetzt werden.

14. Welche konkreten Maßnahmen wurden im Rahmen des Aktionsplans der OECD zur Vermeidung der Verminderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und des grenzüberschreitenden Verschiebens von Gewinnen (OECD BEPS-Aktionsplan) mit jeweils welchem finanziellen und personellen Volumen von Seiten der Bundesrepublik Deutschland jeweils jährlich seit 2013 finanziert?
 - a) Welches konkrete Ziel hatten die jeweils einzelnen Maßnahmen?
 - b) Wer hat die jeweils einzelnen Maßnahmen durchgeführt?
 - c) Wurden die jeweils einzelnen Maßnahmen evaluiert?
Wenn ja, mit welchen jeweils einzelnen Ergebnissen?
Wenn nein, warum nicht?
 - d) Wie bewertet die Bundesregierung den BEPS-Aktionsplan insgesamt, welchen positiven Effekt hat er nach Ansicht der Bundesregierung für Entwicklungs- und Schwellenländer, und welche weiteren Maßnahmen plant sie im Zuge dessen?

Die Fragen 14 bis 14d werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang Finanzierungsbeiträge an die OECD geleistet und keine zusätzlichen personellen Ressourcen eingesetzt. Es wird auf Anlage 7* verwiesen. Die in Anlage 7 aufgeführte Maßnahme wird regelmäßig mit einem sog. „Results Framework“ auf die Erreichung von Zielen überprüft. Die Ergebnisse werden in einem Jahresbericht zusammengefasst. Der Fortschritt des Programmes entspricht der Zielsetzung.

Die Bundesregierung bewertet das im Jahre 2012 initiierte G20/OECD-Projekt zur Verhinderung von Gewinnkürzungen und Gewinnverschiebungen multinationaler Unternehmen (BEPS) als großen Erfolg. Der 2015 verabschiedete BEPS-Aktionsplan enthält in 15 Aktionspunkten Mindeststandards und Empfehlungen,

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/11418 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

die die Eindämmung von Steuervermeidung zum Ziel haben. Es besteht Einigkeit unter den mittlerweile 129 Mitgliedern des „Inclusive Framework on BEPS“ bei der OECD, dass die Besteuerung in dem Land der tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivität stattzufinden hat. Auch zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer sind Mitglieder des „Inclusive Framework on BEPS“. Diese sind somit aktiver Bestandteil des Prozesses zur Entwicklung internationaler Grundsätze. Die Maßnahmen dienen der Sicherstellung und Generierung von Einnahmen und schaffen somit finanzielle Spielräume beispielsweise für Investitionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit dem Ziel einer Gleichmäßigkeit der Besteuerung sowohl der konventionellen als auch der digitalisierten Wirtschaft, arbeiten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gemeinsam an der Fortentwicklung dieses Projekts.

15. Wie hat sich die Schuldensituation der afrikanischen Staaten jeweils einzeln nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils jährlich seit 2010 entwickelt?

Die Entwicklung des staatlichen Schuldenstands afrikanischer Staaten ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Für Libyen und Somalia liegen keine entsprechenden Angaben vor.

Staatlicher Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Ägypten	69,6	72,8	73,8	84,0	85,1	88,5	96,8	103,2	92,6
Algerien	10,5	9,3	9,3	7,6	7,7	8,7	20,4	27,5	36,9
Angola	37,2	29,6	26,7	33,1	39,8	57,1	75,7	68,5	88,1
Äquatorialguinea	7,9	7,2	7,1	6,3	12,6	33,6	43,4	38,0	35,9
Äthiopien	40,5	45,3	42,2	47,5	47,9	54,5	56,1	59,0	61,1
Benin	28,7	29,9	26,7	25,3	30,5	42,4	49,7	54,4	54,6
Botsuana	20,4	20,4	19,2	17,4	17,3	17,2	15,6	14,1	12,9
Burkina Faso	31,2	27,6	28,4	29,1	29,9	35,6	39,2	38,4	43,0
Burundi	46,9	42,7	41,4	36,1	35,8	45,3	48,4	51,7	58,4
Cabo Verde	72,4	78,8	91,1	102,5	115,9	126,0	127,6	124,6	127,7
Côte d'Ivoire	63,0	69,2	45,0	43,4	44,8	47,3	48,4	49,8	52,2
Dem. Republik Kongo	31,9	26,3	23,2	19,1	16,8	16,8	19,3	18,1	15,7
Djibouti	51,9	45,2	43,3	42,7	44,9	60,7	67,6	69,0	67,4
Eritrea	143,8	132,4	128,3	127,5	128,7	132,5	132,8	131,2	129,4
Eswatini	13,8	14,2	14,6	14,8	14,0	19,2	26,0	29,2	34,9
Gabun	21,3	21,4	21,4	31,1	34,1	44,7	64,2	62,6	58,2
Gambia	40,7	49,7	49,2	58,6	69,4	68,6	82,3	87,9	83,2
Ghana	34,6	31,4	35,6	43,2	51,2	54,8	57,1	57,3	59,6
Guinea	68,8	58,1	27,2	34,0	35,1	41,9	42,0	40,4	38,7
Guinea-Bissau	68,3	45,8	46,5	48,9	57,4	56,0	57,9	53,9	56,1
Kamerun	14,7	15,7	15,4	18,2	21,5	32,0	32,5	36,9	37,7
Kenia	44,4	43,0	43,9	44,0	48,6	51,4	53,2	54,8	57,2

Komoren	50,7	45,7	42,6	18,2	21,7	24,1	27,8	31,8	31,2
Kongo	53,4	42,3	45,1	49,5	59,8	111,4	127,8	125,4	98,5
Lesotho	31,8	33,7	37,0	38,5	39,2	43,3	37,2	36,8	39,0
Liberia	21,8	19,3	17,6	17,9	21,7	25,9	28,3	34,1	40,5
Libyen									
Madagaskar	34,7	35,0	35,5	36,1	34,7	35,7	41,9	40,3	39,7
Malawi	29,6	30,6	43,9	59,2	54,7	61,2	61,3	61,9	61,3
Mali	25,3	24,0	25,4	26,4	27,4	30,7	35,9	35,4	36,6
Marokko	49,0	52,5	56,5	61,7	63,3	63,7	64,9	65,1	65,2
Mauretanien	58,5	52,1	53,2	51,1	60,3	76,8	78,5	76,8	83,9
Mauritius	57,1	57,2	56,6	59,1	62,0	65,4	66,2	63,7	65,2
Mosambik	43,3	38,0	40,1	53,1	62,4	88,1	121,6	103,2	100,4
Namibia	16,0	26,2	23,7	24,2	24,7	38,7	39,5	41,5	47,1
Niger	20,7	25,9	24,9	24,7	30,6	39,7	43,7	49,0	55,1
Nigeria	9,6	17,6	17,7	18,6	17,5	20,3	23,4	25,3	28,4
Ruanda	19,3	16,7	18,9	20,8	26,6	29,7	32,9	36,5	40,7
Sambia	18,9	20,8	25,4	27,1	36,1	62,3	60,7	62,7	72,4
São Tomé und Príncipe	79,5	78,0	81,0	71,1	69,5	86,5	92,0	88,6	81,3
Senegal	28,3	32,7	34,2	36,8	42,4	44,5	47,7	60,6	64,4
Seychellen	82,2	82,5	80,1	68,2	72,7	67,3	69,0	63,6	58,2
Sierra Leone	46,8	44,8	36,8	30,5	35,0	44,9	55,5	57,6	71,3
Simbabwe	49,6	41,4	37,2	38,6	40,3	41,8	54,2	52,9	29,8
Somalia									
Südafrika	34,7	38,2	41,0	44,1	47,0	49,3	51,5	53,0	56,7
Sudan	67,4	69,5	97,0	93,1	83,2	83,1	99,9	122,0	163,2
Südsudan	,,,	0,0	8,9	17,6	38,3	69,3	89,3	65,2	43,8
Tansania	27,3	27,8	28,7	30,0	32,6	35,9	36,4	36,6	36,0
Togo	46,3	47,3	48,0	57,2	62,8	72,1	81,1	75,6	74,6
Tschad	30,1	30,6	28,8	30,5	41,5	43,3	51,8	52,4	46,6
Tunesien	39,2	43,1	47,7	46,8	51,5	55,4	62,3	70,3	77,0
Uganda	22,4	23,4	24,5	27,8	30,7	34,3	37,1	39,7	42,2
Zentralafrikanische Republik	21,4	21,8	23,5	38,5	69,2	64,0	56,0	52,9	48,5

Quelle: IWF, Regional Economic Outlook (Sub-Saharan Africa Recovery Amid Elevated Uncertainty), April 2019, bzw. World Economic Outlook, April 2019.

16. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Bereitstellung von Krediten an afrikanische Staaten bzw. Unternehmen durch den chinesischen Staat bzw. staatseigene chinesische Unternehmen vor (bitte jeweils jährlich seit 2015 konkrete Summen sowie begünstigtes afrikanisches Land und Geber angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Daher kann lediglich auf öffentlich zugängliche Dokumente verwiesen werden: www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-arbeitspapiere/chinas-overseas-lending-12820/.

17. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass sich eine zunehmende Zahl afrikanischer Staaten zu überschulden droht, und welche weiteren Maßnahmen, über die oben genannten hinaus, führt die Bundesregierung durch, um eine Überschuldung welcher afrikanischer Staaten abzuwenden?

Seit der Finanzkrise 2008 ist eine Zunahme der Verschuldung von Schwellen- und Entwicklungsländern zu beobachten. Um neue Schuldenkrisen in Entwicklungsländern – einschließlich afrikanischer Staaten - zu vermeiden, zielen die gemeinsamen Bemühungen von Gläubigern und Schuldner auf, die Schuldentragfähigkeit zu sichern.

Maßnahmen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit werden auch von der G20 und im Pariser Club (informeller Zusammenschluss von derzeit 22 wichtigen Gläubigerstaaten) – und damit auch von der Bundesregierung – vorangetrieben und unterstützt. Der Fokus liegt u. a. auf mehr Schuldentransparenz, der Stärkung der Einnahmeseite durch die Mobilisierung von Eigeneinnahmen, der Implementierung internationaler Standards und der Einbindung neuer Geber. IWF und Weltbank konzentrieren ihre Arbeiten zu Schuldentragfähigkeit innerhalb ihres mehrgleisigen Ansatzes („Multipronged Approach“) auf vier Pfeiler: verbesserte Schuldenanalysen/ Frühwarnsysteme, höhere Schuldentransparenz, gestärkte Kapazitäten für das Schuldenmanagement und Überprüfung von Schuldenpolitiken.

Zudem arbeitet die internationale Gemeinschaft kontinuierlich an der Weiterentwicklung und Umsetzung internationaler Standards. Schon während der G20-Präsidentschaft Deutschlands 2017 wurde die Schuldentragfähigkeit von einkommensschwachen Ländern thematisiert. Seinerzeit wurden operative Leitlinien für Gläubiger- und Schuldnerländer für tragfähige öffentliche Finanzen erarbeitet – die „G20 Operational Guidelines for Sustainable Financing“, die Kreditnehmer und -geber zu verantwortungsvollem Handeln verpflichten. Im Rahmen der diesjährigen japanischen G20-Präsidentschaft fand eine freiwillige Selbstevaluierung von Gläubigern innerhalb und außerhalb der G20 bezüglich der Umsetzung dieser Leitlinien statt. Auf dieser Grundlage haben IWF und Weltbank den G20 erste Empfehlungen vorgelegt, wonach die Gläubiger ihre Anstrengungen insbesondere bezüglich des Informationsaustausches und der Transparenz sowie zur Einhaltung der Verschuldungsgrenzen von IWF und Weltbank verstärken sollten. Auch die privaten Gläubiger, vertreten durch das Institute of International Finance (IIF), haben freiwillige „Prinzipien zur Schuldentransparenz“ erarbeitet, die u.a. die Verantwortung des privaten Sektors bei der Vergabe von Krediten und die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Schuldengrenzen betonen.

Auf internationaler Ebene spielt zudem die Zusammenarbeit der Gläubigerländer im Pariser Club für den Informationsaustausch und die Transparenz eine wichtige Rolle. Diese Zusammenarbeit ist Grundlage für eine schnelle und effektive Bewältigung von Schuldenkrisen. Dabei kommt der verstärkten Zusammenarbeit des Pariser Clubs mit neuen Gläubigerländern eine besondere Bedeutung zu. So konnten Brasilien und Südkorea 2016 als neue Mitglieder im Pariser Club begrüßt

werden. Darüber hinaus beteiligen sich weitere wichtige Gläubigerländer wie China und Südafrika seit 2013 und Indien seit Anfang 2019 als „Ad-hoc“-Teilnehmer an den Diskussionen im Pariser Club.

Deutschland wirbt für die Sicherung der Schuldentragfähigkeit und die Bedeutung des Pariser Clubs auch bilateral, beispielsweise im Rahmen des hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialogs, zuletzt im Januar 2019.

18. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung dahingehend, welchem bereits vom IWF bzw. von der Weltbank als überschuldet eingestuften Land der chinesische Staat bzw. chinesische Staatsunternehmen Kredite eingeräumt haben?

Es wird auf die Antwort zu Frage 16 verwiesen.

19. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass immer mehr afrikanische Staaten durch Kredite des chinesischen Staates oder staatseigener chinesischer Unternehmen begünstigt werden?

Der Anteil Chinas und anderer neuer Gläubiger an den Forderungen gegenüber den Ländern Afrikas hat zugenommen. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass Deutschland und andere Geberländer an am wenigsten entwickelte Länder (LDC = Least Developed Countries) ausschließlich Zuschüsse und technische Hilfe, aber keine Kredite vergeben. Die meisten LDC wurden bereits im Rahmen der HIPC-Initiative (HIPC = Highly Indebted Poor Countries = hochverschuldete arme Länder) entschuldet. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 17 verwiesen.

20. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass afrikanische Staaten auf Grund ihrer Überschuldung und hoher Ausstände beim chinesischen Staat bzw. bei staatseigenen chinesischen Unternehmen in eine geopolitische strategische Abhängigkeit von den Interessen des chinesischen Staates geraten können?
21. Welche konkreten Maßnahmen trifft die Bundesregierung um zu verhindern, dass afrikanische Staaten auf Grund ihrer Überschuldung und hoher Ausstände beim chinesischen Staat bzw. bei staatseigenen chinesischen Unternehmen in eine geopolitische strategische Abhängigkeit von den Interessen des chinesischen Staates geraten?

Wenn keine, warum nicht?

Die Fragen 20 und 21 werden gemeinsam beantwortet.

Um geostrategische Abhängigkeiten zu vermeiden, ist die Einhaltung von internationalen Standards bei der Kreditvergabe, aber auch das Bewusstsein für verantwortungsvolle Kreditaufnahme auf Schuldnerseite von hoher Bedeutung. Darauf zielen die Maßnahmen der Bundesregierung sowie der internationalen Gemeinschaft. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 17 verwiesen.

22. Plant die Bundesregierung eine Ausweitung von Projekten und Maßnahmen zur Förderung der Good Financial Governance im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit?

Wenn ja, in welchem Rahmen, und mit welchem finanziellen Volumen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung unterstützt gute finanzielle Regierungsführung mit einer Vielzahl von Maßnahmen in Entwicklungsländern. Maßnahmen zur Mobilisierung von Eigeneinnahmen sollen – unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel – gemäß der ATI-Vereinbarung, bis 2020 die Zusagen in diesem Bereich ggü. dem Jahr 2015 zu verdoppeln, weiter ausgebaut werden. Eine Ausweitung von Maßnahmen im Bereich Management öffentlicher Finanzen erfolgt länderspezifisch und in Abhängigkeit des Bedarfs in den einzelnen Partnerländern.

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern"
Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 1 zu Frage 1

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Zusageanteil Good Financial Governance (Förderbereichsschlüssel 15111 - Management der öffentlichen Finanzen und 15114 - Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15111 (Management der öffentlichen Finanzen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2015	Kongo, Demokratische Republik	Beratung zur Mobilisierung des nationalen Einnahmepotentials	GIZ	2.500.000,00 €	2.500.000,00 €	0%	100%
2015	Nepal	Unterstützung der Steuerverwaltung	GIZ	1.500.000,00 €	1.500.000,00 €	0%	100%
2015	Jemen	Unterstützung des Rechnungshofes	GIZ	25.908,85 €	25.908,85 €	75%	25%
2015	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung bei der Nutzung Mineralischer Rohstoffe	GIZ	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	50%	50%
2015	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG)	GIZ	10.678,84 €	10.678,84 €	75%	25%
2015	Kenia	Programm zur Unterstützung der Reformen der Öffentlichen Finanzen	GIZ	29.366,26 €	29.366,26 €	75%	25%
2015	Mauretanien	Programm Gute Regierungsführung	GIZ	28.383,40 €	7.085,85 €	0%	25%
2015	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten	GIZ	21.493,57 €	21.493,57 €	50%	50%
2015	Mali	Unterstützung der Rohstoffgovernance in Mali	GIZ	1.500.000,00 €	375.000,00 €	0%	25%
2015	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	GIZ	4.500.000,00 €	1.125.000,00 €	0%	25%
2015	Überregional	Sektortätig und Geberharmonisierung, Dezentralisierung und Local Governance	GIZ	26.604,00 €	2.660,40 €	0%	10%
2015	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - AFROSAI	GIZ	2.000.000,00 €	2.000.000,00 €	50%	50%
2015	Amerika n. a.	Unterstützung des Verbandes Oberster Rechnungskontrollbehörden Lateinamerikas OLACEFS	GIZ	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	75%	25%
2015	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	GIZ	330.627,00 €	82.656,75 €	0%	25%
2015	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich öffentliche Finanzen II	GIZ	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	50%	50%
2015	Europa n. a.	Management öffentlicher Finanzen	GIZ	1.200.000,00 €	1.200.000,00 €	50%	50%
2015	Burkina Faso	Stärkung von Good Financial Governance	GIZ	2.500.000,00 €	2.500.000,00 €	75%	25%
2015	Fragile Staaten Westafrikas	Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas	GIZ	5.000.000,00 €	1.500.000,00 €	0%	30%
2015	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur Guten Regierungsführung	GIZ	10.000.000,00 €	2.000.000,00 €	0%	20%
2015	Sambia	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung (Good Financial Governance) in Sambia	GIZ	5.000.000,00 €	5.000.000,00 €	50%	50%
2015	Guatemala	Förderung von Good Financial Governance	GIZ	2.500.000,00 €	2.500.000,00 €	25%	75%
2015	Kosovo	Reform der öffentlichen Finanzsysteme Phase III	GIZ	2.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0%	50%
2015	Überregional	Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung und innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neue (private) Geber	GIZ	2.820.000,00 €	2.820.000,00 €	50%	50%
2015	Ukraine	Struktur- und ordnungspolitischer Beratungsfonds	GIZ	3.125.000,00 €	625.000,00 €	0%	20%
2015	El Salvador	Unterstützung der Reform der Fiskalpolitik	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	50%	50%
2015	Senegal	Unterstützung der ergebnisorientierten Entwicklungs- und Ausgabenplanung	GIZ	2.400.000,00 €	960.000,00 €	0%	40%
2015	Indonesien	Vorbereitung und Bekämpfung von Korruption (KPK)	GIZ	2.000.000,00 €	500.000,00 €	0%	25%
2015	Amerika n. a.	Stärkung der externen Finanzkontrolle im Umweltbereich	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	75%	25%
2015	Überregional	Pflichtbeiträge ES-Programm 2015	GIZ	20.000,00 €	20.000,00 €	100%	0%
2016	Amerika n. a.	Stärkung der externen Finanzkontrolle im Umweltbereich	GIZ	2.500.000,00 €	2.500.000,00 €	75%	25%
2016	Amerika n. a.	Zusammenarbeit mit der CIAT - Bekämpfung der Steuerhinterziehung	GIZ	1.627.360,00 €	1.627.360,00 €	0%	100%
2016	Asien n. a.	Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) - Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden der Association of Southeast Asian Nations-Staaten	GIZ	15.564,15 €	15.564,15 €	75%	25%
2016	E.A.C	Unterstützung des EAC-Integrationsprozesses	GIZ	15.450.000,00 €	3.862.500,00 €	0%	25%
2016	ECOWAS	Beratung Economic Community Of West African States (ECOWAS)-Kommission bei Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Integration innerhalb ECOWAS	GIZ	308.000,00 €	77.000,00 €	0%	25%
2016	Fragile Staaten W.Afrika	Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas	GIZ	5.000.000,00 €	1.250.000,00 €	0%	25%
2016	Ghana	Verbesserung der öffentlichen Finanzen	GIZ	6.300.000,00 €	6.300.000,00 €	50%	50%
2016	Ghana	Unterstützung von Dezentralisierungsreformen	GIZ	5.800.000,00 €	1.450.000,00 €	0%	25%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern"
 Bundestagsdrucksache 19/11009
 Anlage 1 zu Frage 1

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Zusageanteil Good Financial Governance (Förderbereichsschlüssel 15111 - Management der öffentlichen Finanzen und 15114 - Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15111 (Management der öffentlichen Finanzen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2016	Ghana	Verbesserung der öffentlichen Finanzen	GIZ	41.346,74 €	41.346,74 €	50%	50%
2016	Überregional	Sektorvorhaben Antikorruption und Integrität	GIZ	3.100.000,00 €	775.000,00 €	0%	25%
2016	Überregional	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	GIZ	5.800.000,00 €	5.800.000,00 €	25%	75%
2016	Indonesien	Transformation der Administration, Stärkung von Innovation (TransformASI)	GIZ	3.500.000,00 €	875.000,00 €	0%	25%
2016	Indonesien	Vorbereitung und Bekämpfung von Korruption (KPK)	GIZ	28.651,08 €	7.162,77 €	0%	25%
2016	Kamerun	Unterstützung bei der Modernisierung öffentlicher Finanzen	GIZ	6.000.000,00 €	6.000.000,00 €	75%	25%
2016	Kenia	Stärkung guter Regierungsführung	GIZ	750.000,00 €	187.500,00 €	0%	25%
2016	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung im Bergbausektor	GIZ	10.600.000,00 €	5.300.000,00 €	40%	30%
2016	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	GIZ	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	50%	50%
2016	Mali	Verbesserung der Rohstoffgovernance in Mali	GIZ	6.000.000,00 €	1.500.000,00 €	0%	25%
2016	Mauretanien	Programm Gute Regierungsführung	GIZ	3.000.000,00 €	750.000,00 €	0%	25%
2016	Mosambik	Gute finanzielle Regierungsführung in den dezentralen Verwaltungen im ländlichen Raum	GIZ	7.800.000,00 €	1.950.000,00 €	0%	25%
2016	Mosambik	Unterstützung des öffentlichen Finanzmanagements und der Rechenschaftspflicht (mosambikanischer Rechnungshof)	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	75%	25%
2016	Pakistan	Förderung der guten Regierungsführung	GIZ	5.740.000,00 €	1.435.000,00 €	0%	25%
2016	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	GIZ	4.500.000,00 €	1.125.000,00 €	0%	25%
2016	Senegal	Unterstützung der ergebnisorientierten Entwicklungs- und Ausgabenplanung	GIZ	15.269,36 €	3.817,34 €	0%	25%
2016	Serbien	Reform der öffentlichen Finanzen	GIZ	1.500.000,00 €	1.500.000,00 €	25%	75%
2016	Serbien	Reform der öffentlichen Finanzen	GIZ	28.757,29 €	28.757,29 €	25%	75%
2016	Tansania	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung	GIZ	5.500.000,00 €	5.500.000,00 €	50%	50%
2016	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich öffentliche Finanzen II	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	50%	50%
2016	Ukraine	Struktur- und ordnungspolitischer Beratungsfonds	GIZ	1.500.000,00 €	375.000,00 €	0%	25%
2017	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung bei der Nutzung Mineralischer Rohstoffe	GIZ	24.422,91 €	24.422,91 €	75%	25%
2017	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - AFROSAI	GIZ	9.500.000,00 €	9.500.000,00 €	50%	50%
2017	Überregional	Sektordiolog und Geberharmonisierung Dezentralisierung und Local Governance	GIZ	181.720,00 €	18.172,00 €	0%	10%
2017	Indonesien	Transformation Administration, Stärkung von Innovation (TransformASI)	GIZ	6.297,28 €	1.574,32 €	0%	25%
2017	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/ Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	GIZ	1.000.000,00 €	250.000,00 €	0%	25%
2017	ECOWAS	Beratung ECOWAS (Economic Community of West African States)-Kommission bei Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Integration innerhalb ECOWAS	GIZ	5.700.000,00 €	1.425.000,00 €	0%	25%
2017	Afrika n. a.	Stärkung der Rohstoffgovernance in Zentralafrika	GIZ	396.567,60 €	99.141,90 €	0%	25%
2017	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur Guten Regierungsführung	GIZ	142.105,10 €	28.421,02 €	0%	20%
2017	Überregional	Sektorvorhaben Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung	GIZ	1.230.000,00 €	307.500,00 €	0%	25%
2017	Ghana	Unterstützung von Dezentralisierungsreformen	GIZ	2.000.000,00 €	500.000,00 €	0%	25%
2017	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	GIZ	5.875.000,00 €	587.500,00 €	0%	10%
2017	Überregional	Antikorruption und Integrität	GIZ	1.000.000,00 €	250.000,00 €	0%	25%
2017	Überregional	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	GIZ	150.000,00 €	150.000,00 €	25%	75%
2017	Nepal	Unterstützung der Steuerverwaltung II	GIZ	2.000.000,00 €	2.000.000,00 €	100%	100%
2017	Kenia	Stärkung guter Regierungsführung	GIZ	3.250.000,00 €	812.500,00 €	0%	25%
2017	Südafrika	Programm zur Unterstützung der Regierungsführung	GIZ	10.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0%	10%
2017	Namibia	Sustainable Development Goals (SDG) Initiative Namibia	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	0%	100%
2017	Überregional	Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung und Geberpartnerschaften	GIZ	2.307.692,31 €	1.500.000,00 €	0%	65%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern"
Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 1 zu Frage 1

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Zusageanteil Good Financial Governance (Förderbereichsschlüssel 15111 - Management der öffentlichen Finanzen und 15114 - Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15111 (Management der öffentlichen Finanzen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2017	Mauretanien	Stärkung der Dezentralisierung und der öffentlichen Finanzen	GIZ	3.000.000,00 €	1.800.000,00 €	0%	60%
2017	Südkaukasus	Management öffentlicher Finanzen im Südkaukasus	GIZ	4.750.000,00 €	4.750.000,00 €	50%	50%
2017	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	GIZ	6.000.000,00 €	6.000.000,00 €	75%	25%
2017	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	GIZ	8.000.000,00 €	2.000.000,00 €	0%	25%
2017	Serbien	Reform der Öffentlichen Finanzen – Finanzierung der Agenda 2030	GIZ	4.000.000,00 €	4.000.000,00 €	50%	50%
2017	Amerika n. a.	Good Financial Governance im System der Staaten der zentral-amerikanischen Integration	GIZ	5.000.000,00 €	5.000.000,00 €	50%	50%
2018	Kosovo	Reform der öffentlichen Finanzsysteme	GIZ	150.000,00 €	150.000,00 €	75%	25%
2018	Sambia	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung in Sambia III	GIZ	6.860.000,00 €	7.000.000,00 €	50%	50%
2018	Burkina Faso	Stärkung von Good Financial Governance	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	75%	25%
2018	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	GIZ	1.700.000,00 €	425.000,00 €	0%	25%
2018	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - Phase II	GIZ	17.150.000,00 €	17.500.000,00 €	50%	50%
2018	Vietnam	Programm zur makroökonomischen Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	GIZ	3.400.000,00 €	850.000,00 €	0%	25%
2018	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	GIZ	686.000,00 €	700.000,00 €	50%	50%
2018	Mauretanien	Stärkung der Dezentralisierung und öffentlichen Finanzen	GIZ	4.300.000,00 €	2.580.000,00 €	0%	60%
2018	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur guten Regierungsführung	GIZ	8.000.000,00 €	2.640.000,00 €	0%	33%
2018	Weltweit	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	GIZ	3.700.000,00 €	3.700.000,00 €	25%	75%
2018	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	GIZ	4.500.000,00 €	450.000,00 €	0%	10%
2018	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung im Bergbausektor	GIZ	600.000,00 €	420.000,00 €	40%	30%
2018	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	GIZ	4.180.000,00 €	1.045.000,00 €	0%	25%
2018	Kongo, Demokratische Republik	Integrierte wirtschaftliche Entwicklung im Bergbausektor	GIZ	11.000.000,00 €	11.000.000,00 €	100%	0%
2018	Indonesien	Stärkung der Eigeneinnahmen für nachhaltige Entwicklung	GIZ	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	0%	100%
2018	Fragile Staaten W. Afrika	Regionale Rohstoffgovernance in Fragilen Staaten Westafrikas	GIZ	7.800.000,00 €	1.482.000,00 €	0%	19%

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 2 zu Frage 2**

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Zusageanteil Good Finance Governance (Förderbereichs-schlüssel 15111 - Management der öffentlichen Finanzen und 15114 - Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichs-schlüssel 15111 (Management der öffentlichen Finanzen)	Anteil Förderbereichs-schlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2015	Afghanistan	ARTF XV (Afghanistan Reconstruction Trust Fund)	KfW	50.000.000,00 €	50.000.000,00 €	100%	0%
2015	Benin	Programm zur Stärkung zentraler Governance-Strukturen	KfW	10.000.000,00 €	10.000.000,00 €	75%	25%
2015	Ruanda	Reform des öffentlichen Finanzwesens	KfW	7.500.000,00 €	7.500.000,00 €	75%	25%
2016	Ghana	Ergebnisorientierte Verbesserung der Finanzverwaltung, Ghana Revenue Authority	KfW	3.500.000,00 €	3.500.000,00 €	75%	25%
2016	Ghana	Ergebnisorientierte Verbesserung der Finanzverwaltung, Ghana Revenue Authority (Begleitmaßnahme)	KfW	1.500.000,00 €	1.500.000,00 €	75%	25%
2016	Ghana	Ergebnisorientierte Verbesserung der Finanzverwaltung, Ghana Audit Service	KfW	13.000.000,00 €	13.000.000,00 €	100%	0%
2016	Afghanistan	ARTF XVI	KfW	70.000.000,00 €	70.000.000,00 €	100%	0%
2016	Indonesien	Fiscal and Public Expenditure Management Program (FPEM)	KfW	207.302.708,80 €	207.302.708,80 €	100%	0%
2017	Afghanistan	ARTF XVII (Afghanistan Reconstruction Trust Fund)	KfW	80.000.000,00 €	80.000.000,00 €	100%	0%
2018	Kamerun	Informatisierung der Steuerverwaltung	KfW	11.400.000,00 €	11.400.000,00 €	33%	0%
2018	Ruanda	Reform des öffentlichen Finanzwesens	KfW	9.000.000,00 €	9.000.000,00 €	100%	0%
2018	Afghanistan	ARTF XVIII (Afghanistan Reconstruction Trust Fund)	KfW	62.500.000,00 €	62.500.000,00 €	100%	0%
2018	Indonesien	FPEM Phase 2 - Fiscal and Public Expenditure Management Program (FPEM)	KfW	200.000.000,00 €	200.000.000,00 €	100%	0%

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2015	Ägypten, Armenien, Äthiopien, Barbados, Benin, Botswana, Burkina Faso, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Costa Rica, Dominikanische Republik, Eswatini, Georgien, Ghana, Jamaika, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Kongo, Lesotho, Liberia, Malawi, Malaysia, Marokko, Mongolei, Nigeria, Nordmazedonien, Pakistan, Papua Neuguinea, Paraguay, Peru, Ruanda, Saint Vincent und die Grenadinen, Sambia, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, St. Lucia, Thailand, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uganda, Ukraine, Uruguay, Vietnam	Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) und Entwicklungsländer	Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)	100.000,00
2015	Algerien, Tschad, Libyen, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Tunesien	Capacity Building Programme to Foster Stability in North Africa and the Sahel	INTERPOL	280.132,02

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2016	Äthiopien, Benin, Bolivien, Cap Verde, Côte d'Ivoire, Georgien, Guinea-Bissau, Guatemala, Haiti, Liberia, Mali, Mauretanien, Mongolei, Myanmar, Paraguay, São Tome and Principe, Senegal, Sierra Leone, Swasiland, Zentralafrikanische Republik	Revenue Mobilization Trust Fund (RMTF)	Internationaler Währungsfonds (IWF)	1.200.000,00
2016	Afghanistan, Algerien, Dschibuti, Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Syrien, Marokko, Sudan, Syrien, Tunesien, West Bank & Gaza, Jemen	Beitrag für die Regionalen Technischen Hilfzentren des IWF in der MENA Region (METAC)	Internationaler Währungsfonds (IWF) - Middle East Technical Assistance Center	2.500.000,00

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsändern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2017	Durchführung der Trainings in Kenia	Africa Academy for Tax and Financial Crime Investigation	Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)	240.000,00

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2017	<p>Ägypten, Armenien, Äthiopien, Barbados, Benin, Botswana, Burkina Faso, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Costa Rica, Dominikanische Republik, Eswatini, Georgien, Ghana, Jamaika, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Kongo, Lesotho, Liberia, Malawi, Malaysia, Marokko, Mongolei, Nigeria, Nordmazedonien, Pakistan, Papua Neuguinea, Paraguay, Peru, Ruanda, Saint Vincent und die Grenadinen, Sambia, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, St. Lucia, Thailand, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uganda, Ukraine, Uruguay, Vietnam</p>	<p>Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) und Entwicklungsländer</p>	<p>Organisation for Economic Co- operation and Development (OECD)</p>	<p>430.000,00</p>

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2017	<p>Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Argentinien, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Burundi, Burkina Faso, Chile, Dschibuti, Ecuador, Demokratische Republik Kongo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Dominikanische Republik, El Salvador, Äthiopien, Gabun, Georgien, Guatemala, Guinea-Bissau, Haiti, Honduras, Indonesien, Iran, Irak, Jordanien, Kambodscha, Kongo, Laos, Libanon, Madagaskar, Mauretanien, Moldau, Mongolei, Nicaragua, Oman, Pakistan, Panama, Paraguay, Philippinen, Ruanda, Rumänien, Sambia, Simbabwe, Sudan, Syrien, Togo, Tschad, Uganda, Usbekistan, Venezuela, Vietnam, Yemen, Zentralafrikanische Republik</p>	<p>UNCTAD - Treuhandfonds für ein Schuldenmanageme nt- und Finanzanalysesyste m (DMFAS)</p>	<p>United Nations Conference on Trad and Development (UNCTAD)</p>	<p>50.000,00</p>

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsändern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2017	<p>Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Argentinien, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Burundi, Burkina Faso, Chile, Dschibuti, Ecuador, Demokratische Republik Kongo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Dominikanische Republik, El Salvador, Äthiopien, Gabun, Georgien, Guatemala, Guinea-Bissau, Haiti, Honduras, Indonesien, Iran, Irak, Jordanien, Kambodscha, Kongo, Laos, Libanon, Madagaskar, Mauretanien, Moldau, Mongolei, Nicaragua, Oman, Pakistan, Panama, Paraguay, Philippinen, Ruanda, Rumänien, Sambia, Simbabwe, Sudan, Syrien, Togo, Tschad, Uganda, Usbekistan, Venezuela, Vietnam, Yemen, Zentralafrikanische Republik</p>	<p>UNCTAD - Treuhandfonds für ein Schuldenmanagemen- t- und Finanzanalyzesysteme (DMFAS)</p>	<p>United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)</p>	<p>250.000,00</p>

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2017	AFRITAC East, AFRITAC West, Africa Training Institute (ATI)	Beitrag für die Regionalen Technischen Hilfzentren des IWF in Afrika (AFRITACS)	Internationaler Währungsfonds (IWF) - Africa Regional Technical Assistance Centers (AFRITACS)	15.000.000,00
2017	Afghanistan, Algerien, Dschibuti, Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Syrien, Marokko, Sudan, Syrien, Tunesien, West Bank & Gaza, Jemen	Beitrag für die Regionalen Technischen Hilfzentren des IWF in der MENA Region (METAC)	Internationaler Währungsfonds (IWF) - Middle East Technical Assistance Center	2.500.000,00

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsändern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2018	<p>Ägypten, Albanien, Angola, Armenien, Äthiopien, Bangladesch, Barbados, Belarus, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Dominikanische Republik, Dschibuti, El Salvador, Fidschi, Gambia, Georgien, Ghana, Guatemala, Guatemala, Guyana, Jamaica, Jordanien, Kamerun, Kenia, Kirgistan, Komoren, Kongo, Kosovo, Libanon, Liberia, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mauritius, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Paraguay, Peru, Philippinen, Ruanda, Sambia, Sambia, Serbien, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Tansania, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uganda, Ukraine, Vietnam</p>	<p>Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)</p>	<p>Internationaler Währungsfonds (IWF)</p>	<p>400.000,00</p>

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2018	<p>Ägypten, Albanien, Algerien, Angola, Argentinien, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Burundi, Burkina Faso, Chile, Dschibuti, Ecuador, Demokratische Republik Kongo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Dominikanische Republik, El Salvador, Äthiopien, Gabun, Georgien, Guatemala, Guinea-Bissau, Haiti, Honduras, Indonesien, Iran, Irak, Jordanien, Kambodscha, Kongo, Laos, Libanon, Madagaskar, Mauretanien, Moldau, Mongolei, Nicaragua, Oman, Pakistan, Panama, Paraguay, Philippinen, Ruanda, Rumänien, Sambia, Simbabwe, Sudan, Syrien, Togo, Tschad, Uganda, Usbekistan, Venezuela, Vietnam, Yemen, Zentralafrikanische Republik</p>	<p>UNCTAD - Treuhandfonds für ein Schuldenmanageme nt- und Finanzanalysesyste m (DMFAS)</p>	<p>United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)</p>	<p>750.000,00</p>

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsändern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 3 zu Frage 3**

Zusagejahr	Länder	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2018	Afghanistan, Angola, Armenien, Aserbaidtschan, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Dominica, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Georgien, Ghana, Grenada, Guinea, Guinea- Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Jemen, Kambodscha, Kirgistan, Kiribati, Komoren, Kongo, Kosovo, Laos, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Marschall- Inseln, Mauretanien, Mikronesien, Moldau, Mongolei, Mosambik, Myanmar, Nicaragua, Niger, Nigeria, Nepal, Pakistan, Papua-Neuguinea, Ruanda, Salomonen, Samoa, Sambia, São Tomé, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Sri Lanka, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Sudan, Südsudan, Tadschikistan, Tansania, Timor-Leste, Togo, Tonga, Tuvalu, Uganda, Usbekistan, Vanuatu, Vietnam	Debt Management Facility (DMF)	Weltbank	6.000.000,00

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 4 zu Frage 4**

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Organisation	Zusagevolumen in Euro
2015	Montenegro	Ausbildung von Rechnungsprüfern in MNE (Multinational Enterprises)	Center of Excellence in Finance (CEF)	200.000,00
2015	Marokko	Strengthening Governance Institutions to promote socio-economic Development in Morocco	Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD - GOV)	1.110.000,00
2015	Venezuela	Money Laundering and Protection Systems	Transparencia Venezuela	12.016,00
2017	Montenegro	Ausbildung von Rechnungsprüfern in Montenegro	Center of Excellence in Finance (CEF)	199.312,00

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern"
Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 5 zu Fragen 9 und 10

Notenskala für **dezentrale Projektevaluierungen (PEV)** der TZ (GIZ) - dezentrales Evaluierungsinstrument von 2014 bis 2018: Die Bewertung der Vorhaben erfolgt entlang der OECD/DAC-Kriterien Relevanz, Effektivität, Impact, Nachhaltigkeit und Effizienz. Die Gesamtnote des Vorhabens basiert auf dem Durchschnitt der Punkte, die für die einzelnen DAC-Kriterien vergeben wurden. 1 = sehr erfolgreich (14-16 Punkte); 2 = erfolgreich (12-13 Punkte); 3 = eher erfolgreich (10-11 Punkte); 4 = eher unbefriedigend (8-9 Punkte); 5 = unbefriedigend (6-7 Punkte) und 6 = sehr unbefriedigend (4-5 Punkte).

Nicht-erfolgreiche Projektevaluierungen (PEV) sind Projekte, die aufgrund von erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung, die zu erheblichen Verzögerungen, Kostenüberschreitungen oder anderen erheblichen Problemen führen. Die Gesamtnote des Vorhabens basiert auf dem Durchschnitt der Punkte, die für die einzelnen DAC-Kriterien vergeben wurden. 1 = sehr erfolgreich (92-100 Punkte); 2 = erfolgreich (81-91 Punkte); 3 = eher erfolgreich (67-80 Punkte); 4 = eher unbefriedigend (50-66 Punkte); 5 = unbefriedigend (30-49 Punkte) und 6 = sehr unbefriedigend (0-29 Punkte).

Notenskala für Evaluierungen der FZ (KITW): Die Schlüsselkriterien werden zunächst einzeln anhand einer sechsstufigen Bewertungsskala beurteilt. Die Stufen 1 bis 3 kennzeichnen eine "erfolgreiche", die Stufen 4 bis 6 eine "nicht erfolgreiche" Bewertung. Für das Kriterium der Nachhaltigkeit werden nur 4 Bewertungsstufen verwendet, die vor allem den erwarteten (aber mit Prognoseunsicherheit behafteten) zukünftigen Trend reflektiert. Note 4 entspricht dabei einer „nicht ausreichenden Nachhaltigkeit“.

Land	Projekttitel	Durchführer des Vorhabens	Eval.Instrument mit Methodik	Gesamtbewertung	Relevanz	Effektivität	Effizienz	Impact	Nachhaltigkeit	Jahr der Evaluierung
Ruanda	Unterstützung guter Regierungsführung bei der Nutzung Mineralischer Rohstoffe	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (16/16)	3 (10/16)	2 (12/16)	2 (13/16)	3 (10/16)	2015
Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur Guten Regierungsführung	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (14/16)	2 (13/16)	2 (12/16)	4 (9/16)	3 (10/16)	2015
Benin	Makroökonomische Beratung zur Armutsbekämpfung III	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (14/16)	3 (10/16)	2 (12/16)	2 (12/16)	3 (10/16)	2017
Mali	Unterstützung der Rohstoffgovernance in Mali	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (14/16)	3 (10/16)	1 (15/16)	3 (11/16)	3 (10/16)	2016
Burkina Faso	Beratung im Wirtschafts- und Finanzministerium	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (15/16)	1 (15/16)	2 (12/16)	3 (10/16)	3 (10/16)	2014
Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (14/16)	2 (13/16)	2 (12/16)	4 (9/16)	3 (10/16)	2017
Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	1 (14/16)	1 (16/16)	2 (13/16)	2 (12/16)	1 (16/16)	1 (14/16)	2015
Kosovo	Reform der öffentlichen Finanzsysteme	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (13/16)	1 (14/16)	3 (10/16)	2 (12/16)	2 (13/16)	1 (14/16)	2015

Land	Projekttitlel	Durchführer des Vorhabens	Eval.Instrument mit Methodik	Gesamtbewertung	Relevanz	Effektivität	Effizienz	Impact	Nachhaltigkeit	Jahr der Evaluierung
AFRIKA NA	Stärkung der Rohstoffgovernance in Zentralafrika	GIZ	zentrale Projektevaluierungen (ZPE)	4 (9/16)	2 (12/16)	3 (10/16)	3 (10/16)	4 (8/16)	5 (6/16)	2018
Sambia	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung (Good Financial Governance) in Sambia	GIZ	zentrale Projektevaluierungen (ZPE)	2 (78/100)	2 (84/100)	2 (82/100)	3 (70/100)	3 (72/100)	2 (82/100)	2018
Afghanistan	Offener Politikberatungsfond	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	2 (12/16)	1 (16/16)	1 (16/16)	2 (13/16)	3 (11/16)	4 (8/16)	2017
Serbien	Reform der öffentlichen Finanzen	GIZ	dezentrale Projektevaluierungen (PEV)	1 (14/16)	1 (16/16)	2 (13/16)	1 (15/16)	1 (14/16)	2 (12/16)	2017
Afghanistan	Afghanistan Reconstruction Trust Fund XII (ARTF XII)	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	2	1	3	2	3	3	2017
Afghanistan	Afghanistan Reconstruction Trust Fund (ARTF) - Tranche XIII	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	2	1	3	2	3	3	2017
Burkina Faso	Gemeinschaftsfinanzierung zur Unterstützung der burkinischen Armutsbekämpfungsstrategie III	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	3	3	3	3	3	2018
Tansania	Allgemeine Budgethilfe in Tansania	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	2	3	2	3	3	2018
Tansania	Allgemeine Budgethilfe in Tansania	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	2	3	2	3	3	2018
Uganda	Programm zur gemeinschaftlichen Unterstützung des National Development Plan (Budgethilfe)	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	4	3	4	3	4	4	2016
Mosambik	Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makro-ökonomische Unterstützung VI	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	2	2	2	2	2	3	2016
Mosambik	Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makroökonomische Unterstützung VII	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	2	3	3	2	3	2016
Mosambik	Beteiligung am gemeinschaftlichen Programm für makroökonomische Unterstützung VIII	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	2	3	3	2	3	2016

Land	Projekttitel	Durchführer des Vorhabens	Eval. Instrument mit Methodik	Gesamtbewertung	Relevanz	Effektivität	Effizienz	Impact	Nachhaltigkeit	Jahr der Evaluierung
Sambia	Gemeinschaftliches Programm für makroökonomische Unterstützung II	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	3	2	3	3	3	3	2018
Sambia	Gemeinschaftliches Programm für makroökonomische Unterstützung III (allgemeine Budgethilfe)	KfW	FZ-Evaluierungseinheit FZ-E	4	3	4	3	4	3	2018

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitequivalent (VZÄ) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2015	Jemen	Unterstützung des Rechnungshofes	Die Finanzkontrolle verbessert sich	GIZ	25.908,85 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	6.477,21 €	25%
2015	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung bei der Nutzung Mineralischer Rohstoffe	Der Nutzen des Rohstoffsektors für die nachhaltige Entwicklung der DR Kongo ist erhöht.	GIZ	1.000.000,00 €	4,0	500.000,00 €	50%
2015	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG)	Die Institutionen der obersten Finanzkontrolle in afrikanischen Staaten üben die Kontrolle des Regierungshandels und insbesondere der öffentlichen Finanzen kompetent, regelgerecht und öffentlichkeitswirksam aus.	GIZ	10.678,84 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	2.669,71 €	25%
2015	Kenia	Programm zur Unterstützung der Reformen der Öffentlichen Finanzen	Aufstellung, Vollzug und Kontrolle des Staatshaushalts ist zielgerichteter, effizienter, transparenter und verlässlicher.	GIZ	29.366,26 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	7.341,57 €	25%
2015	Mauretanien	Programm Gute Regierungsführung	Stärkung von Kapazitäten zur Umsetzung von Good Financial Governance und Dezentralisierung	GIZ	28.383,40 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	7.095,85 €	25%
2015	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten	Das Haushaltsmanagement des Finanzministeriums mit relevanten Akteuren des Haushaltsprozesses ist verbessert.	GIZ	21.493,57 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	10.746,79 €	50%
2015	Mali	Unterstützung der Rohstoffgovernance in Mali	Die Beiträge des Rohstoffsektors zur nachhaltigen Entwicklung Malis sind erhöht.	GIZ	1.500.000,00 €	4,7	375.000,00 €	25%
2015	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	Die politische Teilhabe der Bevölkerung und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen durch die Kommunen sind im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses verbessert.	GIZ	4.500.000,00 €	17,0	1.125.000,00 €	25%
2015	Überregional	Sektordialog und Geberharmonisierung, Dezentralisierung und Local Governance	Voraussetzungen für die Harmonisierung der Aktivitäten der Entwicklungspartner im Bereich Local Governance und Dezentralisierung sind weltweit verbessert.	GIZ	26.604,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	2.660,40 €	10%
2015	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - AFROSAI	Entscheidungsträger im öffentlichen Finanzwesen Afrikas nutzen regionalspezifische Dienstleistungen, Produkte und Weiterbildungsangebote zur Stärkung von Good Financial Governance.	GIZ	2.000.000,00 €	17,2	1.000.000,00 €	50%
2015	Amerika n. a.	Unterstützung des Verbandes Oberster Rechnungskontrollbehörden Lateinamerikas OLACEFS	Die ORKB Lateinamerikas nutzen die kompetenten Dienstleistungen, die OLACEFS zur Stärkung der externen Finanzkontrolle anbietet	GIZ	1.000.000,00 €	1,3	250.000,00 €	25%
2015	Kongo, Demokratische Republik	Beratung zur Mobilisierung des nationalen Einnahmepotentials	Die Schätzungen und Analysen der nationalen Haushaltseinnahmen sind verbessert	GIZ	2.500.000,00 €	3,1	2.500.000,00 €	100%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitequivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2015	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	Die vietnamesische Regierung setzt Maßnahmen für einen umwelt- und sozialverträglichen Wachstumsprozess im Rahmen der VGGIS zielgerichtet um	GIZ	330.627,00 €	23,1	82.656,75 €	25%
2015	Nepal	Unterstützung der Steuerverwaltung	Die Fähigkeit der nepalesischen Steuerverwaltung, staatliche Einnahmen transparent und effizient unter angemessener Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfelds zu erheben, ist verbessert	GIZ	1.500.000,00 €	5,1	1.500.000,00 €	100%
2015	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich öffentliche Finanzen II	Das Haushaltsmanagement des Finanzministeriums mit relevanten Akteuren des Haushaltsprozesses ist verbessert.	GIZ	1.000.000,00 €	8,4	500.000,00 €	50%
2015	Europa n. a.	Management öffentlicher Finanzen	Teilsysteme der öffentlichen Finanzen in Georgien und Armenien haben sich hinsichtlich Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflichten europäischer Standards angereichert.	GIZ	1.200.000,00 €	8,6	600.000,00 €	50%
2015	Benin	Programm zur Stärkung zentraler Governance-Strukturen	Verbesserung von Effizienz und Transparenz der öffentlichen Verwaltung	KfW	10.000.000,00 €		2.500.000,00 €	25%
2015	Burkina Faso	Stärkung von Good Financial Governance	Die Reform zur Einführung von Programmhäushalten richtet sich verstärkt an Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht aus.	GIZ	2.500.000,00 €	3,2	625.000,00 €	25%
2015	Fragile Staaten Westafrika	Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrika	In der Mano-River-Union (MRU) Region Westafrika setzen Staat, Rohstoffunternehmen und Zivilgesellschaft ausgewählte Vorgaben der AfricaMining Vision (AMV) um.	GIZ	5.000.000,00 €	18,2	1.500.000,00 €	30%
2015	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur Guten Regierungsführung	Die bürgerorientierten lokalen Dienstleistungen sind hinsichtlich ihrer Qualität verbessert.	GIZ	10.000.000,00 €	17,8	2.000.000,00 €	20%
2015	Sambia	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung (Good Financial Governance) in Sambia	Transparenz, Glaubwürdigkeit und Effektivität der öffentlichen Finanzen sind erhöht.	GIZ	5.000.000,00 €	8,5	2.500.000,00 €	50%
2015	Guatemala	Förderung von Good Financial Governance	Die Leistungsfähigkeit und Transparenz des guatemaltekischen Systems der öffentlichen Finanzen sind auf nationaler und subnationaler Ebene im Sinne der Guten Finanzen der Regierungsführung erhöht.	GIZ	2.500.000,00 €	4,0	1.875.000,00 €	75%
2015	Kosovo	Reform der öffentlichen Finanzsysteme Phase III	Das System öffentlicher Finanzen ist im Hinblick auf Rechenschaftslegung und Leistungsfähigkeit gestärkt.	GIZ	2.000.000,00 €	4,5	1.000.000,00 €	50%
2015	Überregional	Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung und innovative Finanzierungsinstrumente einschließlich neue (private) Geber	Die nationale und internationale Gestaltungsfähigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum Thema Finanzierung für nachhaltige Entwicklung ist erweitert.	GIZ	2.820.000,00 €	2,9	1.410.000,00 €	50%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaläquivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2015	Ukraine	Struktur- und ordnungspolitischer Beratungsfonds	Veränderungsbereite Kräfte der ukrainischen Regierung und Verwaltung leisten Reformbeiträge zu Dezentralisierung, wirtschaftlicher Entwicklung und öffentlichen Finanzen	GIZ	3.125.000,00 €	3,5	625.000,00 €	20%
2015	Ruanda	Reform des öffentlichen Finanzwesens	Nachhaltige Steigerung von Qualität und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Finanzverwaltung und des öffentlichen Finanzmanagements	KfW	7.500.000,00 €		1.875.000,00 €	25%
2015	El Salvador	Unterstützung der Reform der Fiskalpolitik	Die Leistungsfähigkeit des Systems der Öffentlichen Finanzen hinsichtlich Effektivität, Effizienz sowie Transparenz und Partizipation ist gestärkt	GIZ	3.000.000,00 €	6,1	1.500.000,00 €	50%
2015	Senegal	Unterstützung der ergebnisorientierten Entwicklungs- und Ausgabenplanung	Die Kapazitäten von Finanz-, Wirtschafts- u. Planministerien sowie von Sektorministerien zur Haushaltsplanung und -evaluierung sind gestärkt	GIZ	2.400.000,00 €	5,1	960.000,00 €	40%
2015	Indonesien	Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption (KPK)	Die Umsetzung der Korruptionsprävention durch die KPK in ausgewählten Sektoren und auf subnationaler Ebene erfolgt planmäßig und mit anderen Regierungsstellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren abgestimmt.	GIZ	2.000.000,00 €	4,6	500.000,00 €	25%
2015	Amerika n. a.	Stärkung der externen Finanzkontrolle im Umweltbereich	Die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) Brasiliens und weitere Mitglieder der lateinamerikanischen und karibische Rechnungskontrollbehörden (OLACEFS) erfüllen ihre Funktion der Kontrolle des umweltbezogenen Verwaltungshandels effektiver.	GIZ	3.000.000,00 €	3,3	750.000,00 €	25%
2015	Überregional	Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung	Verbesserte Mobilisierung inländischer Ressourcen für Entwicklungsländer	OECD	100.000,00 €		100.000,00 €	100%
2015	Überregional	Forschungsvorhaben Stärkung der Eigeneinnahmen in Entwicklungsländern - Bekämpfung unerwünschter Kapitalabflüsse und fiskalische Dezentralisierung	Wissenschaftliche Untersuchung der politischen Mechanismen für eine effektive steuerpolitische Bekämpfung unerwünschter Kapitalabflüsse unter Berücksichtigung unterschiedlicher Länderkategorien und von Reformmöglichkeiten zur Leistungssteigerung innerstaatlicher Fiskalsysteme.	DIE	370.050,00 €		370.050,00 €	100%
2016	Indonesien	Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption (KPK)	Die KPK setzt ihr Mandat zur Prävention von Korruption um	GIZ	28.651,08 €	1,9	7.162,77 €	25%
2016	Serbien	Reform der öffentlichen Finanzen	Transparenz, Leistungsfähigkeit und Bürgerorientierung sind in den wesentlichen Teilsystemen der öffentlichen Finanzen erhöht.	GIZ	28.757,29 €	0,0	21.567,97 €	75%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitequivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2016	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	Zentrale Akteure im System der öffentlichen Finanzen (Finanz, Wirtschaftsplannungs- und Entwicklungsministerium, Präsidialamt und Oberste Rechnungskontrollbehörde) sind effektiver, rechenschaftspflichtiger und transparenter.	GIZ	1.000.000,00 €	11,5	500.000,00 €	50%
2016	Asien n. a.	Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) - Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden der Association of Southeast Asian Nations-Staaten	Association of Southeast Asian Nations Supreme Audit Institutions (ASEAN SAI) erfüllt sein Mandat als regionaler Verband der Obersten Rechnungskontrollbehörden aus den Association of Southeast Asian Nations (ASEAN)-Staaten. Die obersten Rechnungskontrollbehörden der CLMV-Länder sind technisch u institutionell in der Lage, gemeinsame Aktivitäten durchzuführen.	GIZ	15.554,15 €	0,7	3.888,54 €	25%
2016	Ghana	Verbesserung der öffentlichen Finanzen	Das öffentl. Steuer- und Haushaltswesen Ghanas, die öffentl. Rechnungsprüfung des GAS und die parlament. und öffentl. Kontrolle sind transparenter, zunehmend regelbasierter und effektiver	GIZ	41.346,74 €	7,0	20.673,37 €	50%
2016	Mauretanien	Programm Gute Regierungsführung	Die Leistungsfähigkeit strategischer Akteure für bürokratisiertes, transparentes und rechenschaftspflichtiges Verwaltungshandeln ist gestärkt.	GIZ	3.000.000,00 €	7,1	750.000,00 €	25%
2016	Senegal	Unterstützung der ergebnisorientierten Entwicklungs- und Ausgabenplanung	Die Umsetzung der nationalen Entwicklungsstrategien und -prioritäten über die nationalen Planungs- und Haushaltssysteme ist verbessert	GIZ	15.269,36 €	1,8	3.817,34 €	25%
2016	Ghana	Ergebnisorientierte Verbesserung der Finanzverwaltung, Ghana Revenue Authority	Verbesserte Nutzung von IT-Software und IT-Infrastruktur	KfW	3.500.000,00 €		875.000,00 €	25%
2016	Ghana	Ergebnisorientierte Verbesserung der Finanzverwaltung, Ghana Revenue Authority (BM)	Verbesserte Nutzung von IT-Software und IT-Infrastruktur	KfW	1.500.000,00 €		375.000,00 €	25%
2016	Pakistan	Förderung der guten Regierungsführung	Die Leistungsfähigkeit ausgewählter Verwaltungsbereiche für ein effektives, transparentes und bürokratisiertes Regierungshandeln ist auf nationaler und subnationaler Ebene erhöht.	GIZ	5.740.000,00 €	29,5	1.435.000,00 €	25%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaläquivalent (VZA) Gesamtschnitt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichs-schlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichs-schlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2016	ECOWAS	Beratung Economic Community Of West African States (ECOWAS)-Kommission bei Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Integration innerhalb ECOWAS	Die Economic Community Of West African States (ECOWAS) Kommission trägt zunehmend zur Verbesserung der Umsetzung ihrer Entscheidungen in den Bereichen Wirtschaft- und Handelspolitik sowie Friedens- und Sicherheitspolitik auf der Ebene der Mitgliedsstaaten bei.	GIZ	308.000.000 €	29,3	77.000.000 €	25%
2016	Ukraine	Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich öffentliche Finanzen II	Das Haushaltsmanagement des Finanzministeriums mit relevanten Akteuren des Haushaltsprozesses ist verbessert.	GIZ	3.000.000.000 €	vgl. Nr. 15	1.500.000.000 €	50%
2016	Fragile Staaten W. Afrika	Regionale Rohstoffgovernance in fragilen Staaten Westafrikas	In der Mano-River-Union (MRU) Region Westafrikas setzen Staat, Rohstoffunternehmen und Zivilgesellschaft ausgewählte Vorgaben der AfricaMining Vision (AMV) um.	GIZ	5.000.000.000 €	vgl. Nr. 19	1.250.000.000 €	25%
2016	Mosambik	Gute finanzielle Regierungsführung in den dezentralen Verwaltungen im ländlichen Raum	Distrikte und Gemeinden sind in ihrer Verwaltung entsprechend den Prinzipien der Good Financial Governance (GFG) effektiver, wirtschaftlich nachhaltiger und kommen ihrer Rechenschaftspflicht nach.	GIZ	7.800.000.000 €	39,3	1.950.000.000 €	25%
2016	Serbien	Reform der öffentlichen Finanzen	Transparenz, Effizienz, Kunden- und Bürgerorientierung in den öffentlichen Finanzen sind erhöht.	GIZ	1.500.000.000 €	5,9	1.125.000.000 €	75%
2016	Mosambik	Unterstützung des öffentlichen Finanzmanagements und der Rechenschaftspflicht (mosambikanischer Rechnungshof)	Der mosambikanische Rechnungshof (Tribunal Administrativo, TA) führt Genehmigungen von Verträgen und Prüfungen in den Bereichen extraktive Industrien und öffentliche Bauvorhaben effektiver durch.	GIZ	3.000.000.000 €	0,2	750.000.000 €	25%
2016	Mali	Verbesserung der Rohstoffgovernance in Mali	Die malische Regierung hat den Aktionsplan der Afrikanischen Bergbauvision im Hinblick auf Rohstoffernahmen, Transparenz und Kontrolle sowie lokaler Wertschöpfung gemeinsam mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft erfolgreich umgesetzt.	GIZ	6.000.000.000 €	6,4	1.500.000.000 €	25%
2016	Ukraine	Struktur- und ordnungspolitischer Beratungsfonds	Veränderungsbereite Kräfte der ukrainischen Regierung und Verwaltung leisten Reformbeiträge zu Dezentralisierung, wirtschaftlicher Entwicklung und öffentlichen Finanzen	GIZ	1.500.000.000 €	vgl. Nr. 25	375.000.000 €	25%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaläquivalent (VZÄ) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2016	Ghana	Verbesserung der öffentlichen Finanzen	Good Financial Governance ist hinsichtlich der Effektivität des öffentlichen Einnaheernehmens, der Glaubwürdigkeit der Haushaltsplanung und der Rechenschaftslegung, insbesondere im Rohstoffsektor, verbessert.	GIZ	6.300.000,00 €	13,0	3.150.000,00 €	50%
2016	Ghana	Unterstützung von Dezentralisierungsreformen	Ausgewählte Distrikte haben die Erhebung, Verwaltung und Planung ihrer Finanzen verbessert.	GIZ	5.800.000,00 €	19,4	1.450.000,00 €	25%
2016	Indonesien	Transformation der Administration, Stärkung von Innovation (TransformASI)	Das Personalmanagementsystem sowie die Kapazität, kontinuierliche Innovationen im Dienstleistungsbereich vorzunehmen sind in der öffentlichen Verwaltung verbessert	GIZ	3.500.000,00 €	1,9	875.000,00 €	25%
2016	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung im Bergbausektor	Der Nutzen des Rohstoffsektors für die nachhaltige Entwicklung der DR Kongo ist erhöht.	GIZ	10.600.000,00 €	7,5	3.180.000,00 €	30%
2016	Amerika n. a.	Stärkung der externen Finanzkontrolle im Umweltbereich	Die ORKB Brasiliens und weitere Mitglieds-ORKBn des Regionalverbands OLACEFS erfüllen ihre Funktion der Kontrolle des umweltbezogenen Verwaltungshandels effektiver.	GIZ	2.500.000,00 €	vgl. Nr. 30	625.000,00 €	25%
2016	E.A.C	Unterstützung des EAC-Integrationsprozesses	Die Voraussetzungen für die Mobilität von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften haben sich im EAC Integrationsprozess verbessert.	GIZ	15.450.000,00 €	13,0	3.862.500,00 €	25%
2016	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	Dezentralisierte Strukturen und dialogorientierte Systeme zur Dienstleistungserbringung für die Bedarfe der Bürgerin Khyber Pakhtunkhwa und Punjab sind verbessert.	GIZ	4.500.000,00 €	33,3	1.125.000,00 €	25%
2016	Tansania	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung	Das System der öffentlichen Finanzen ist nach den Prinzipien von Good Financial Governance (insbesondere Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht) gestärkt.	GIZ	5.500.000,00 €	9,8	2.750.000,00 €	50%
2016	Überregional	Sektorvorhaben Antikorruption und Integrität	Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit integriert das Antikorruptions- und Integritätskonzept systematisch in ihre Arbeit	GIZ	3.100.000,00 €	5,1	775.000,00 €	25%
2016	Amerika n. a.	Zusammenarbeit mit der CIAT - Bekämpfung der Steuerhinterziehung	Die Steuerverwaltungen Lateinamerikas und der Karibik nutzen die regionalspezifischen Dienstleistungen und Produkte, die CIAT zur Verbesserung der freiwilligen Steuerbefolgung und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung anbietet	GIZ	1.627.360,00 €	1,0	1.627.360,00 €	100%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaquivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2016	Überregional	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	Die Umsetzungskompetenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu Good Financial Governance ist gestärkt.	GIZ	5.800.000,00 €	8,6	4.350.000,00 €	75%
2016	Kamerun	Unterstützung bei der Modernisierung öffentlicher Finanzen	Das System der öffentlichen Finanzen ist leistungsfähiger.	GIZ	6.000.000,00 €	3,6	1.500.000,00 €	25%
2016	Kenia	Stärkung guter Regierungsführung	Die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen auf nationaler und County-Ebene ist gemäß den Grundsätzen guter Regierungsführung (Unbestechlichkeit, Fairness, Effizienz) verbessert.	GIZ	750.000,00 €	7,6	187.500,00 €	25%
2016	Überregional	Steuerpolitik- und -verwaltung Treuhandfonds, Phase II - Erhöhung von Staatseinnahmen	Förderung von Eigeneinnahmen für nachhaltige Entwicklung	IWF	1.000.000,00 €		1.000.000,00 €	100%
2017	Überregional	UNCTAD - Treuhandfonds für einen Schuldenmanagement- und Finanzanalysestern	Unterstützung von Entwicklungs- und Transformationsländern beim Aufbau effizienter und nachhaltiger Kapazitäten im Bereich Schuldenmanagement	UNCTAD	300.000,00 €		225.000,00 €	75%
2017	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung bei der Nutzung Mineralischer Rohstoffe	Der Nutzen des Rohstoffsektors für die nachhaltige Entwicklung der DR Kongo ist erhöht.	GIZ	24.422,91 €	vgl. Nr. 2	6.105,73 €	25%
2017	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - AFROSAI	Entscheidungsträger im öffentlichen Finanzwesen Afrikas nutzen regionalspezifische Dienstleistungen, Produkte und Weiterbildungsangebote zur Stärkung von "Good Financial Governance".	GIZ	9.500.000,00 €	vgl. Nr. 10	4.750.000,00 €	50%
2017	Überregional	Sektordialog und Geberharmonisierung Dezentralisierung und Local Governance	Die Beratung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bei der Neuausrichtung, Ausgestaltung und internationalen Positionierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich DLG (Dezentralisierung und Local Governance) ist verbessert. Die Vernetzung, Kooperation, gemeinsames Lernen zwischen Entwicklungspartnern im Bereich DLG und Umsetzung der SDGs (Sustainable Development Goals) sind verbessert (lokale Ebene).	GIZ	181.720,00 €	2,7	18.172,00 €	10%
2017	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	Die vietnamesische Regierung setzt Maßnahmen für einen umwelt- und sozialverträglichen Wachstumsprozess im Rahmen der VGGGS zielgerichtet um.	GIZ	1.000.000,00 €	vgl. Nr. 13	250.000,00 €	25%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitequivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2017	ECOWAS	Beratung ECOWAS (Economic Community of West African States)-Kommission bei Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Integration innerhalb ECOWAS	Die ECOWAS(Economic Community of West African States)-Kommission trägt zunehmend zur besseren Umsetzung ihrer Entscheidungen in den Bereichen Wirtschaft- und Handelspolitik sowie Friedens- und Sicherheitspolitik auf der Ebene der Mitgliedsstaaten bei.	GIZ	5.700.000,00 €	vgl. Nr. 43	1.425.000,00 €	25%
2017	Afrika n. a.	Stärkung der Rohstoffgovernance in Zentralafrika	Die regionalen und nationalen Strukturen der CEMAC(Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft)-Kommission unterstützen die Mitgliedsstaaten effektiv und nachhaltig beim transparenten und gesellschaftlich verantwortlichen Umgang mit den Bodenschätzen der Region.	GIZ	396.567,60 €	7,9	99.141,90 €	25%
2017	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur Guten Regierungsführung	Die bürgernerorientierten lokalen Dienstleistungen sind hinsichtlich ihrer Qualität verbessert.	GIZ	142.105,10 €	vgl. Nr. 20	28.421,02 €	20%
2017	Überregional	Sektorvorhaben Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung	Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung	GIZ	1.230.000,00 €	6,16	307.500,00 €	25%
2017	Ghana	Unterstützung von Dezentralisierungsreformen	Ausgewählte Distrikte haben die Erhebung, Verwaltung und Planung ihrer Finanzen verbessert.	GIZ	2.000.000,00 €	vgl. Nr. 52	500.000,00 €	25%
2017	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	Dezentralisierte Strukturen und dialogorientierte Systeme zur Dienstleistungserbringung für die Bedarfe der Bürger in Khyber Pakhtunkhwa und Punjab sind verbessert.	GIZ	5.875.000,00 €	vgl. Nr. 57	587.500,00 €	10%
2017	Überregional	Antikorruption und Integrität	Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Antikorruptionsstrategie.	GIZ	1.000.000,00 €	vgl. Nr. 59	250.000,00 €	25%
2017	Überregional	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	Die Umsetzungskompetenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu GFG ist gestärkt.	GIZ	150.000,00 €	vgl. Nr. 61	112.500,00 €	75%
2017	Nepal	Unterstützung der Steuerverwaltung II	Das Steuersystem ist transparenter, effektiver und service-orientierter.	GIZ	2.000.000,00 €	0,7	2.000.000,00 €	100%
2017	Kenia	Stärkung guter Regierungsführung	Die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen auf nationaler und County-Ebene ist gemäß den Grundsätzen guter Regierungsführung (Unbestechlichkeit, Fairness, Effizienz) verbessert.	GIZ	3.250.000,00 €	vgl. Nr. 63	812.500,00 €	25%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaquivalent (VZA) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2017	Südafrika	Programm zur Unterstützung der Regierungsführung	Südafrika hat eine befähigte öffentliche Verwaltung, welche öffentliche Dienstleistungen effizient und entsprechend der Batho-Pele-Prinzipien bereitstellt.	GIZ	10.000.000,00 €	3,9	1.000.000,00 €	10%
2017	Namibia	Sustainable Development Goals (SDG) Initiative Namibia	Die Voraussetzungen für die nationale Implementierung der Agenda 2030 in Namibia sind geschaffen.	GIZ	3.000.000,00 €	1,1	3.000.000,00 €	100%
2017	Überregional	Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung und Geberpartnerschaften	Die nationale und internationale Gestaltungsfähigkeit der deutschen EZ zum Thema Finanzierung für nachhaltige Entwicklung ist erweitert.	GIZ	2.307.692,31 €	1,8	1.500.000,00 €	65%
2017	Überregional	Steuerpolitik- und -verwaltung-Treuhandfonds Phase II - Erhöhung von Staatseinnahmen	Förderung von Eigeneinnahmen für nachhaltige Entwicklung	IWF	500.000,00 €		500.000,00 €	100%
2017	Mauretanien	Stärkung der Dezentralisierung und der öffentlichen Finanzen	Die Kapazitäten von Schlüsselakteuren der öffentlichen Finanzen und der Dezentralisierung, Reformen auf der nationalen und subnationalen Ebene, bürgernah, transparent und rechenschaftspflichtig umzusetzen, sind gestärkt.	GIZ	3.000.000,00 €	2,5	1.800.000,00 €	60%
2017	Südkaucasus	Management öffentlicher Finanzen im Südkaucasus	Teilsysteme der öffentlichen Finanzen in Georgien und Armenien haben sich hinsichtlich Ergebnisorientierung, Effizienz und Rechenschaftspflicht europäischen und internationalen Standards angenähert.	GIZ	4.750.000,00 €	6,2	2.375.000,00 €	50%
2017	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	Das Management der öffentlichen Finanzen in Malawi ist hinsichtlich der Effizienz, der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsausführung, der Erhebung eigener Einnahmen und externer Kontrollmechanismen verbessert.	GIZ	6.000.000,00 €	2,2	1.500.000,00 €	25%
2017	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	Die Gebietskörperschaften bieten bedarfsorientierte Dienstleistungen für die Bevölkerung an.	GIZ	8.000.000,00 €	9,0	2.000.000,00 €	25%
2017	Serbien	Reform der Öffentlichen Finanzen – Finanzierung der Agenda 2030	Das System der öffentlichen Finanzen ist hinsichtlich Transparenz, Effizienz, Bürgerorientierung und Politikkoordinierung zur Umsetzung der Agenda 2030 gestärkt.	GIZ	4.000.000,00 €	1,8	2.000.000,00 €	50%
2017	Amerika n. a.	Good Financial Governance im System der Staaten der zentral-amerikanischen Integration	"Good Financial Governance" ist in den Ländern des zentralamerikanischen Integrationsystems in Bezug auf Ressourcennobilisierung, Ausgabenqualität und Fiskaltransparenz verbessert.	GIZ	5.000.000,00 €	0,7	2.500.000,00 €	50%
2017	Überregional	Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) und Entwicklungsländer	Verstärkung von DRM für Entwicklungsländer	OECD	430.000,00 €		430.000,00 €	100%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitaquivalent (VZÄ) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichsschlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2017	Afrika n. a.	Afrika-Akademie für die Ermittlung von Steuer- und Finanzkriminalität	Stärkung der Kapazitäten afrikanischer Steuer- und Finanzkriminalbeamter bei Finanzermittlung zur effektiven Bekämpfung von Finanzkriminalität und zur Aufdeckung illegaler Finanzströme- Stärkung des Bewusstseins zur Korruptions- und Geldwäscherisiken und Förderung der Fähigkeit, diese Straftaten besser zu bekämpfen	OECD	240.000,00 €		240.000,00 €	100%
2018	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	Die vietnamesische Regierung setzt Maßnahmen für einen umwelt- und sozialverträglichen Wachstumsprozess im Rahmen der VGGs zielgerichtet um	GIZ	4.180.000,00 €	vgl. Nr. 13	1.045.000,00 €	25%
2018	Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung guter Regierungsführung im Bergbausektor	Der Nutzen des Rohstoffsektors für die nachhaltige Entwicklung der DR Kongo ist erhöht.	GIZ	600.000,00 €	vgl. Nr. 54	180.000,00 €	30%
2018	Pakistan	Programm zur Förderung lokaler Regierungsführung	Dezentralisierte Strukturen und dialogorientierte Systeme zur Dienstleistungserbringung für die Bedarfe der BürgerInnen in Khyber Pakhtunkhwa und Punjab sind verbessert.	GIZ	4.500.000,00 €	vgl. Nr. 57	450.000,00 €	10%
2018	Weltweit	Gute Regierungsführung im Bereich öffentlicher Finanzen	Die Umsetzungskompetenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu GFG ist gestärkt.	GIZ	3.700.000,00 €	vgl. Nr. 61	2.775.000,00 €	75%
2018	Indonesien	Stärkung der Eigeneinnahmen für nachhaltige Entwicklung	Die Voraussetzungen für die Finanzierung der nationalen Umsetzung der Agenda 2030 sind in den Bereichen Fiskalpolitik und Steuerverwaltung verbessert.	GIZ	3.000.000,00 €	0,5	3.000.000,00 €	100%
2018	Ruanda	Unterstützung der Dezentralisierung als Beitrag zur guten Regierungsführung	Die lokale Regierungsführung in Hinblick auf die Ausstattung mit Finanzmitteln, sektorale Dezentralisierung sowie Rechenschaft und Teilhabe gestärkt.	GIZ	8.000.000,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	2.640.000,00 €	33%
2018	Mauretanien	Stärkung der Dezentralisierung und öffentlichen Finanzen	Die Kapazitäten von Schlüsselakteuren der öffentlichen Finanzen und der Dezentralisierung Reformen auf der nationalen und subnationalen Ebene bürgernah, transparent und rechenschaftspflichtig umzusetzen, sind gestärkt.	GIZ	4.300.000,00 €	vgl. Nr. 84	2.580.000,00 €	60%
2018	Malawi	Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements	Das Management der öffentl. Finanzen in Malawi ist hinsichtlich der Effizienz, der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsausführung, der Erhebung eigener Einnahmen und externer Kontrollmechanismen verbessert.	GIZ	686.000,00 €	vgl. Nr. 86	343.000,00 €	50%

Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern" Bundestagsdrucksache 19/11009
Anlage 6 zu Frage 12

Zusagejahr	Land	Maßnahme	Ziel	Durchführungsorganisation	Gesamtzusage	Vollzeitequivalent (VZÄ) Gesamtprojekt (Durchschnitt 2015-2018)	Zusageanteil Förderbereichs-schlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)	Anteil Förderbereichs-schlüssel 15114 (Mobilisierung von Eigeneinnahmen)
2018	Vietnam	Programm makroökonomische Reformen/Umwelt- und Sozialverträgliches Wachstum	Die Kohärenz der Wirtschaftspolitik Vietnams, einschließlich grüner Finanzpolitik, grüner Fiskalpolitik und dem Management öffentlicher Finanzen, ist erhöht.	GIZ	3.400.000,00 €	0,02	850.000,00 €	25%
2018	Afrika n. a.	Good Financial Governance (GFG) - Phase II	Entscheidungsträger im öffentlichen Finanzwesen Afrikas nutzen regionalspezifische Dienstleistungen, Produkte und Weiterbildungsangebote zur Stärkung von Good Financial Governance.	GIZ	17.150.000,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	8.575.000,00 €	50%
2018	Burkina Faso	Programm Dezentralisierung/Kommunalentwicklung	Die Gebietskörperschaften bieten bedarfsorientierte Dienstleistungen für die Bevölkerung an.	GIZ	1.700.000,00 €	vgl. Nr. 87	425.000,00 €	25%
2018	Burkina Faso	Stärkung von Good Financial Governance	Das Management der öffentlichen Finanzen in Burkina Faso ist hinsichtlich der Haushaltsplanungsgrundlagen, der Haushaltsdurchführung sowie der externen Kontrollmechanismen verbessert.	GIZ	3.000.000,00 €	6,0	750.000,00 €	25%
2018	Fragile Staaten W. Afrika	Regionale Rohstoffgovernance in Fragilen Staaten Westafrikas	Der Bergbausektor in der Mano River Union richtet sich stärker nach den Prinzipien der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit aus.	GIZ	7.800.000,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	1.482.000,00 €	19%
2018	Sambia	Förderung von guter finanzieller Regierungsführung in Sambia III	Die finanzielle Regierungsführung in Sambia ist in Hinsicht auf Transparenz Rechenschaftslegung, Bürgernähe und Effizienz gestärkt.	GIZ	6.860.000,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	3.430.000,00 €	50%
2018	Kosovo	Reform der öffentlichen Finanzsysteme	Das Gute finanzielle Regierungsführung in Kosovo ist hinsichtlich Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effektivität gestärkt.	GIZ	150.000,00 €	keine VZÄ im Zeitraum 2015 bis 2018	37.500,00 €	25%
2018	Überregional	TADAT - Tax Administration Diagnostic Assessment Tool	Stärkung von Steuerverwaltungssystemen und Mobilisierung von Eigeneinnahmen	IWF	400.000,00 €		400.000,00 €	100%
2018	Überregional	UNCTAD - Treuhandfonds für einen Schuldenmanagement- und Finanzanalysestern (DMFAS)	Unterstützung von Entwicklungs- und Transformationsländern beim Aufbau effizienter und nachhaltiger Kapazitäten im Bereich Schuldenmanagement	UNCTAD	750.000,00 €		562.500,00 €	75%

**Antwort auf die Kleine Anfrage "Good Financial Governance - Deutschlands Beitrag zur
Sicherung von Solvenz und Unabhängigkeit von Entwicklungsländern"****Bundestagsdrucksache 19/11009****Anlage 7, Frage 4**

Maßnahme	Zusagejahr	Mittelvolumen in Euro	Ziel	Organisation
Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) und Entwicklungsländer	2015	100.000,00	Verbesserte Mobilisierung inländischer Ressourcen für Entwicklungsländer	OECD
Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) und Entwicklungsländer	2017	430.000,00	Verbesserte Mobilisierung inländischer Ressourcen für Entwicklungsländer	OECD

